Nummer 19 — Stuttgart, 8. Mai 1920 — 33. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Haase
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelzeile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Neue Pläne

In der vorigen Nummer der M.-Z. wiesen wir auf die Bestimmung des § 80 des Betriebsrätegesetzes hin, der die Schaffung einer neuen Arbeitsordnung bis zum 9. Mai 1920 vorsieht. Wir erklärten, das sei nicht durchführbar; es genügt, wenn bis zum 9. Mai die Verhandlungen mit den Unternehmern eingeleitet worden sind. Nunmehr hat auch das Reichsarbeitsministerium die Unmöglichkeit der Durchführung der Bestimmungen des § 80 erkannt und den Endtermin zum Abschluß der neuen Arbeitsordnung auf den 1. September 1920 festgelegt.

Das Reichsarbeitsministerium arbeitet jetzt ein Muster für eine Arbeitsordnung aus, die zur allgemeinen Anwendung empfohlen wird. Es sollen zuvor die Verbände der Unternehmer und der Arbeiter gehört werden. Wir wiesen in der vorigen Nummer auf die Verhandlungen hin, die zwischen dem Gesamtverband der Metallindustriellen und den Organisationen der Metallarbeiter vorgesehen waren. Einen Bericht über diese Verhandlungen werden wir folgen lassen.

Was wir bisher von dem Reichsarbeitsministerium an Gesetzen und Verordnungen erhalten haben, hat die schärfste Mißbilligung der Arbeiterschaft gefunden. Gegenwärtig wird im Arbeitsministerium die „Schlichtungsordnung" — das Antistreikgesetz — fertiggestellt. Wir brachten bereits in der Nr. 17 unserer Zeitung Mitteilungen der „Sozialen Praxis" über dieses Gesetz. Das „Berliner Tageblatt" vom 23. April ergänzt diese Mitteilungen und gibt Aufschluß über das, was man der Arbeiterschaft zu bieten wagt. Es schreibt:

„Der Entwurf der neuen Schlichtungsordnung ist im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt und wird nach der Stellungnahme der Interessentengruppen dem neuen Reichstage vorgelegt werden. Der Entwurf hat 278 Paragraphen. Schlichtungsinstanzen sind die Schlichtungsausschüsse für die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden, die Landesschlichtungsausschüsse für die Länder und als oberste Instanz das Reichseinigungsamt beim Ministerium. Die Ausschüsse bestehen aus sieben Mitgliedern. Die Vorsitzenden sind Unparteiische, die bei den Landesausschüssen und beim Reichseinigungsamt Juristen sind. Die Revisionskammern haben als Beisitzer Berufsrichter. Das Verfahren gliedert sich in: 1. Einigungsverfahren für Gesamtstreitigkeiten, 2. Spruchverfahren für Streitigkeiten aus den einzelnen Arbeitsverhältnissen.

Schiedssprüche dürfen nur gefällt werden, wenn eine friedliche Einigung der Parteien nicht möglich ist. Daneben bestehen noch Schlichtungsstellen für freie Vereinbarung der Parteien. Arbeitseinstellungen ohne Anrufung des Schlichtungsausschusses sind unzulässig, bei Arbeitseinstellungen müssen die Organisationen in geheimer Abstimmung sie mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Wilde Streiks sind also ungesetzlich. Unter gewissen Umständen können Schiedssprüche die Wirkung von Tarifverträgen haben. Die Schiedssprüche können zwangsweise zur Durchführung gebracht werden. Der neue Entwurf stellt einen Teil des neuen Arbeitsgesetzbuches dar, das später durch weitere Entwürfe ergänzt werden soll."

Wer will jetzt noch an dem Charakter dieser Schlichtungsordnung zweifeln? Die Regierung will der Arbeiterschaft das Streikrecht nehmen. Sie nimmt es nicht mit einem Male, nein, Stück für Stück trägt sie es ab durch Gesetze und Verordnungen, bis nichts mehr übrig geblieben ist. Ehe es sich die Arbeiterschaft recht bewußt geworden ist, sind ihr die Fesseln geschlagen, die die kapitalistische Gesellschaft für notwendig hält zur Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft. Die „Musterarbeitsordnung" des Reichsarbeitsministeriums wird denselben Geist atmen. Die Gewerkschaften werden durch diese „Gesetzgebung" am Lebensnerv getroffen. Pflicht der Gewerkschaftsleitungen ist es, sofort die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr zu treffen. Aber auch die Arbeiterschaft muß zur Abwehr rüsten. Sie kann es am besten, wenn sie bei der kommenden Reichstagswahl allen Arbeiterfeinden die richtige Antwort erteilt, indem sie nur solchen Kandidaten ihre Stimme gibt, die bereit sind, den schärfsten Kampf gegen die Knebelungsversuche der Regierung zu führen.

Auch geistige Not überall

Von Karl Hermann (Leipzig).

In dem von mir in Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Artikel „Metallarbeiter und Bildungswesen" hatte ich mir erlaubt, einige Grundlinien für den Wiederaufbau des Bildungswesens im Verband zu skizzieren. Die Erfahrungen, die ich in der Zwischenzeit an den verschiedensten Orten Deutschlands gesammelt habe, bestätigen mir, daß es tatsächlich eine der dringendsten Fragen war, die ich da angeschnitten hatte. Außerdem liegen genug Beweise dafür vor; es sei nur an die Beschlüsse der Generalversammlung über Bildungswesen und Jugendfrage erinnert, auch an den sehr lesenswerten Aufsatz unseres Kollegen Seyler-Schwenningen in Nr. 8. Besteht mithin kein Zweifel mehr über die Dringlichkeit des Wiederaufbaues des gesamten Bildungswesens in unserem Verband, so sind wir dennoch heute noch weit davon entfernt, ihn praktisch verwirklicht zu sehen. Hier, in der praktischen Ausführung, türmen sich vielmehr furchtbare Schwierigkeiten auf. Sie zu überwinden ist einzig und allein nur dann möglich, wenn wir auch das Bildungswesen planmäßig organisieren, und zwar im Rahmen unseres Verbandes. Alle anderen Bemühungen, es auf eine dem gewaltigen Bedürfnis entsprechende Höhe zu bringen, werden unter den heutigen und zukünftigen Verhältnissen von vornherein fehlschlagen, und anstatt Wiederaufbau würden wir auch auf geistigem Gebiet völligen Zusammenbruch erleben.

Um zu zeigen, wo die Anfänge der Fehler zu suchen sind, darf ich vielleicht auf die Zeit um 1913 zurückgreifen, wo ebenfalls das Verbandsleben einen gewissen Höhepunkt der Entwicklung erreicht hatte. Gleichzeitig herrschte in der Technik eine Hochkonjunktur, industrielle Umwälzungen begannen, eine neue Erfindung jagte die andere. Das blieb nicht ohne Rückwirkung auf den Arbeiter. Keineswegs aus purer Neugier, sondern durch die bittere Notwendigkeit in der Werkstatt gezwungen, dem Neuen in Industrie und Technik zu folgen, suchte sich der Arbeiter über alle Fortschritte der Wissenschaft und Technik auf dem Laufenden zu erhalten. Selbstverständlich verhielt es sich ebenso auf wirtschaftlichem Wissensgebiet. Darin konnten glücklicherweise die politischen und gewerkschaftlichen Organe an den einzelnen Orten helfen. Aber was darüber hinausging und ganz besonders hätte unseren Verband angehen müssen, die Orientierung in der Arbeit, also in Industrie und Technik, in praktisch angewandter Wissenschaft, das alles behandelte man so, als ob es fast bedeutungslos wäre. Da erschien aus Arbeitermitte — ich glaube, es waren die Stuttgarter Klempner — der Antrag, die Verbandsleitung möchte mehr Vorträge und Kurse auf fachtechnischem Gebiet veranstalten lassen. Trotzdem die Vorträge unseres Kollegen Lauterbach den günstigen Erfolg solcher Veranstaltungen erwiesen, stand man dem Antrag absolut verständnislos gegenüber. Mit dem Fallen dieses Antrags war aber auch der Zusammenfassung aller Initiative des Bildungswesens in die Hände der Verbandsleitung, also aller Zentralisation solcher Angelegenheiten das Urteil gesprochen. Die folgenden Jahre sahen im Kriegselend die totale Stagnation alles geistigen Lebens; die jetzige Zeit schließlich bescherte uns einen Zustand, der unter dem Miteinfluß politischer Zerklüftung große Ähnlichkeit mit vollständiger Zerrüttung alles Bildungswesens hat.

Soweit im vergangenen Winterhalbjahr ein langsames Weiterschleppen des geistigen Lebens im Verband zu konstatieren war, gründete es sich, was die Organisierung der Veranstaltungen betrifft, auf die Fundamentreste der früheren Basis. Von einer Zentralisation des Bildungswesens im größten Verband der Welt keine Spur. Wen man als Redner aus früheren Jahren kannte, der wurde zu dem und jenem Vortrag engagiert. Manche neue geistige Größe erhielt wegen örtlicher Berühmtheit den Ruf, Vorträge und Kurse zu veranstalten, darunter mancher Novembersozialist. Anderseits wurde manche Kraft von bewährter Art freundlichst vergessen aus naheliegenden Gründen. Was weiter das Fehlen einer planmäßigen Organisierung des Bildungswesens recht fühlbar machte, waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, über die unten noch einiges gesagt werden soll. Zunächst sei nur bemerkt, daß man an vielen kleinen Orten der Kosten wegen von bildenden Veranstaltungen absah. Es geschah auch, daß bereits festgesetzte Veranstaltungen im letzten Moment ausfallen mußten, weil der Referent den Ort nicht erreichen konnte. Andere Leiden, wie bahnamtliche Verzögerung der Gepäckbeförderung, Erschöpfung durch Hunger usw., muß man am eigenen Leibe gespürt haben, wenn man sich das Bild richtig vervollständigen will. Aus dieser gegenwärtigen Trostlosigkeit kann nur das eine retten, was ich meinen Zeilen voransetzte: eine planmäßige Organisierung des Bildungswesens im Verband auf zentraler Grundlage. Wir müssen eine Zentralinstanz besitzen, in der alle Fäden der geistigen Weiterentwicklung zusammenlaufen! Das gilt für die Theorie als auch für die Praxis. Für die Theorie: sie müßte das Bedürfnis verfolgen, das für die einzelnen Wissensgebiete besteht. Den Stoff für Kurse und Vorträge müßte sie sammeln, sichten, verwerten, sei es Wort, Schrift, Bild. Mit Rat und Tat müßte diese Zentralbildungsinstanz gleichfalls praktisch tätig sein, z. B. bei der Errichtung von Bibliotheken. Gerade an mittleren und kleinsten Orten, auf dem flachen Lande dürfte diese Aussaat Segen bringen, der noch nicht einmal mit Gold aufzuwiegen ist! Jede, auch die kleinste Zahlstelle müßte sich in Bildungsfragen an diese Zentralbildungsinstanz wenden können. Sie müßte ferner zum Zwecke der praktischen Durchführung selbst eine Liste empfehlenswerter Redner führen, und zwar dergestalt, daß klar daraus hervorgeht, für welche Wissensgebiete die einzelnen Persönlichkeiten besonders in Betracht kommen. Prinzipiell müßten Verbandsmitglieder als Redner bevorzugt werden und bürgerliche Referenten dürften nur dort zugelassen sein, wo für die betreffende Aufgabe ein Verbandsmitglied nicht zu gewinnen ist. Die Projektierung von Rundreisen, die Festsetzung der Touren und Orte, die dabei zu behandelnden Themen, Rat und Tat in Karten- und Reklamesachen und natürlich die Regelung der Kostenfrage — das alles müßte sich jene Zentralinstanz angelegen sein lassen.

Gerade hier, in der praktischen Ausgestaltung des Bildungswesens, könnte eine solche Organisierung nur zum allgemeinen Wohle wirken. Es wurde ja schon erwähnt, daß darin heute das schlimmste Tohuwabohu herrscht. Beide Teile, sowohl die Ortsverwaltungen unseres Verbandes als auch die einzelnen Persönlichkeiten, die der Arbeiterschaft mit geistigen Darbietungen dienen, haben davon den Schaden. Wenn irgendeine aktuelle Frage aus der Wissenschaft behandelt werden soll, wo weiß heute die Ortsverwaltung den dafür passendsten Redner zu gewinnen? Oder: man sucht den Mitgliedern etwas zu bieten, sie selbst wollen ja gern ihren Geist nach den Jahren ödester Frechheit von neuem befruchten, aber was für Veranstaltungen, wie, woher? Man erkennt und fühlt den bitteren Mangel auf geistigem Gebiet, jedoch: wie soll man abhelfen, wenn alle geistigen Kräfte der Ortsverwaltung sich im Kleinkram des täglichen Verbandslebens aufzureiben genötigt sind? Und wenn die Ortsverwaltung einmal zugreift, trifft man mit der Veranstaltung immer gleich das Richtige? Da ist zuvor mancher Empfehlungsbrief von Unbekannten eingelaufen, von Lichtbildderreferenten, Zauberkünstlern, Telepatikern, Kinobesitzern, Komiker- und Theatergesellschaften, berühmten Rednern, Künstlern, Sängern usw. Vermag da wohl eine Ortsverwaltung stets die Spreu vom Weizen zu sondern? Kein Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen die relativ wenigen, die wirklich für bildende Veranstaltungen unseres Verbandes geeignet sind, im Unkraut verschwinden, während sie, wenn sich eine Zentralbildungsinstanz nur ein wenig um sie bekümmerte, ohne weiteres hervorgehoben, den Ortsverwaltungen zugeführt und beiden Teilen viel unnütze Mühe, Ärger und Verdruß erspart werden könnten.

Eine klaffende Lücke gilt es allerdings noch auszufüllen, nämlich die wirtschaftliche Frage der Lehrkräfte und Lehrmittel. Es will fast scheinen, als ob sich um diejenigen, die sich bisher in den Dienst des Arbeiterbildungswesens stellten und gewiß daran Anteil haben, daß nicht das letzte bißchen Kulturleben versumpfte, in wirtschaftlicher Beziehung kein Mensch kümmerte. Gewiß sind ihrer nicht sehr viele, doch das soll uns nicht abhalten, vor der Öffentlichkeit der gesamten Kollegenschaft einmal die Dinge so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit liegen. Wer sich im größeren Maße als Redner, Referent, Lehrer, für bildende Veranstaltungen jederzeit zur Verfügung halten will, muß zunächst einmal eine gewisse selbständige Existenz besitzen, wie sie ein festes Arbeitsverhältnis gar nicht bietet. Dann ist es eigentlich ganz natürlich, daß der Dienst für das Arbeiterbildungswesen für solche Persönlichkeiten einen Teil des Einkommens darstellt. Naturgemäß müssen solche Personen dann auch immer suchen, mit unseren Orts-

Die Metalle als Gewerbegifte

Von Dr. Georg Wolff.

Zahlreiche Metalle, die im Gewerbeleben eine ausgedehnte Verwendung finden, bilden die Ursache zu mehr oder minder starken Berufserkrankungen. Einzelne von ihnen, wie das Blei, das Quecksilber, das Chrom wirken so intensiv auf den menschlichen Organismus, daß sie ausgesprochene Vergiftungserscheinungen im Laufe längerer Einwirkung herbeizuführen vermögen. Diese Stoffe schädigen den Menschen demnach durch ihren Giftcharakter, sie üben wie andere Gifte einen chemischen Einfluß auf die Zellen des Organismus aus. In anderen Fällen, namentlich bei der Verhüttung der Schwermetalle, des Eisens, des Kupfers usw., können physikalisch-mechanische Ursachen, etwa die Einwirkung der intensiven Hitze, die Reizwirkung des fortwährend eingeatmeten Metallstaubes, die dauernde Beanspruchung besonderer Glieder zu Störungen führen. Auch diese Erkrankungen gehören in das große Gebiet der Gewerbe- oder Berufskrankheiten, denen in erster Linie natürlich die im Gewerbeleben stehenden Arbeiter ausgesetzt sind.

Alle diese Störungen, die nicht durch einen plötzlichen Unfall, sondern durch eine mehr chronische Schädigung, etwa durch die dauernde Einwirkung des giftigen Bleies oder die fortgesetzte Staubeinatmung, verursacht sind, unterliegen nicht, wie die Betriebsunfälle, der Versicherungspflicht. Das ist ein großer Mangel unseres Versicherungsgesetzes, der der Abhilfe dringend bedarf. Denn es geht natürlich nicht an, daß der eine, der durch fortgesetzte Gifteinwirkung chronisch geschädigt wird, keine Entschädigung erhält, während ein anderer, der einen plötzlichen Unfall erleidet, Unfallrente bezieht. Immerhin müssen wir diesem Übelstande Rechnung tragen und versuchen, prophylaktische (vorbeugende) Maßnahmen zur Beseitigung der Gewerbeschädigungen zu ergreifen, am besten und radikalsten dadurch, daß wir die Gewerbegifte, soweit es möglich ist, durch nicht so giftige Stoffe ersetzen.

Wir wollen uns nun mit den einzelnen Gewerbekrankheiten, die in unserem Zusammenhang in Frage kommen, kurz beschäftigen. Bei weitem die größte Bedeutung von allen hat die chronische Bleivergiftung, von der die zahlreichen Arbeiter der Schmelzhütten, die Maler, Schriftsetzer und besonders die Schriftgießer, die Kabelarbeiter, Feilenhauer, Steingutarbeiter und noch viele andere, die im Berufsleben mit Blei zu tun haben, betroffen werden. Die geringfügigen Mengen, die im Laufe vieler Jahre aufgenommen werden, rufen die oft so bösartigen Erscheinungen der chronischen Bleivergiftung hervor. Das in den Blutkreislauf gelangte Metall wird fast in allen Organen abgelagert, in der Leber, den Nieren, dem Gehirn und gelangt sehr langsam wieder zur Ausscheidung. Die Hauptentgiftungsorgane des Körpers, die Nieren, bringen es mit dem Harn aus dem Körper, auch im Darm und Speichel wird es ausgeschieden und verläßt auf diese Weise den Organismus, freilich nachdem es überall seine Merkmale hinterlassen hat.

Am gefährlichsten ist der Bleistaub, das fein verteilte Metall, das in vielen Fabrikbetrieben als unvermeidliches Übel den Arbeiter schädigt. Der Staub dringt in die Lungen und gelangt von hier viel schneller in das Blut als vom Darm aus; immerhin können aber auch die geringen Mengen, die jahrelang infolge der Verunreinigungen der Speisen durch schmutzige, mit Bleistaub behaftete Hände in den Darmkanal gelangen, zu einer Bleivergiftung mit allen ihren Folgen führen. Auch dadurch, daß Nahrungsmittel (Sardinen, Konserven usw.) in bleihaltigen Gefäßen aufbewahrt wurden, sind nicht selten Vergiftungen vorgekommen, namentlich bei Leuten, die sich lange Zeit mit konservierten, in Blechgefäßen aufbewahrten Speisen ernähren müssen. Diese Vergiftungen lassen sich aber vermeiden, wenn geeignete Sicherheitsmaßregeln getroffen und bleihaltige Gefäße für die Aufbewahrung von Lebensmitteln, Salben usw. grundsätzlich ausgeschlossen werden. Viel schwieriger hingegen ist die Ausschaltung des Bleies aus dem Gewerbeleben. Solange man sich schon bemüht, das giftige Metall durch andere nicht so gefährliche Stoffe zu ersetzen, man kommt immer wieder zum Blei zurück. Es ist nicht möglich, die Bleifarben vollständig auszuschalten; selbst das Bleiweiß, das man durch Zinkweiß glaubte ersetzen zu können, ist nach der Angabe der Fachleute in mancher Hinsicht der Zinkfarbe überlegen. Wenn man also nicht radikal vorgehen kann, das Blei nicht vollständig aus dem Berufsleben entfernen kann, so sollten wenigstens alle Beteiligten so vorsichtig wie möglich zu Werke gehen und die gesetzlichen Bestimmungen, die fast in allen Ländern getroffen sind, einhalten. Nicht in seltenen Fällen sind es die in Bleibetrieben tätigen Arbeiter selbst, die leichtsinnig die Schutzvorschriften unbeachtet lassen, bis sie dann den Schaden am eigenen Leibe spüren. Es ist den Malern zum Beispiel nicht abzugewöhnen, den Pinsel in den Mund zu stecken, wenn sie ihn mit einem anderen vertauschen wollen; sie tun das immer wieder und beschleunigen natürlich so die Gefahr einer Bleivergiftung.

In welcher Weise machen sich nun die Symptome dieser verbreiteten Gewerbekrankheit bemerkbar? Zunächst müssen wir vorwegnehmen, daß auch hier die Disposition sehr verschieden ist. Manche Individuen erkrankten schon nach Wochen, andere bekommen erst nach Jahren die Vergiftungserscheinungen, viele werden überhaupt vom Blei nicht wesentlich in Mitleidenschaft gezogen. Im allgemeinen sind die Menschen am meisten der Erkrankung ausgesetzt, deren Widerstandskraft bereits durch andere Schädlichkeiten herabgesetzt ist.

Schon am Tierexperiment hat man feststellen können, daß sich die Bleiwirkung im wesentlichen auf den Darmkanal und das Zentralnervensystem erstreckt. Ganz ähnlich verhält sich auch der Mensch, der der Wirkung des Bleies ausgesetzt ist. Am meisten machen sich die schädigenden Einflüsse auf den Darm in Form der bekannten Bleikolik, auf das Zentralnervensystem in Form mannigfacher Lähmungen und mit Krämpfen einhergehender Gehirnleiden bemerkbar. Zu diesen Hauptsymptomen kommen dann noch die anfallsweise auftretenden, reißenden Gelenkschmerzen. Charakteristisch für die Bleivergiftung ist ihr vollkommen regelloser Verlauf. Nach einer Periode der Gesundheit kann plötzlich, ohne daß eine Ursache vorhanden ist, das Gift von neuem seine Wirksamkeit entfalten, einen heftigen Anfall einer Bleikolik oder ein anderes Symptom hervorrufen. Wir können das nur so erklären, daß das Gift, das seit langem eingekapselt an einer Stelle des Körpers lag, plötzlich von neuem in den Kreislauf gelangt und infolgedessen die neuen Anfälle auslöst. Die Tücke dieser Gewerbekrankheit besteht gerade darin, daß man sich gegen sie schwer schützen kann, wenn sie erst einmal zum Ausbruch gekommen ist.

Die Bleivergiftung beginnt zunächst mit etwas unbestimmten Allgemeinerscheinungen, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Abmagerung; bei Frauen stellen sich häufig Unregelmäßigkeiten der monatlichen Blutungen ein. Es soll auch bei ihnen häufiger als bei anderen zu Abort, zur Früh- und Fehlgeburt kommen. Ein sehr charakteristisches und für die Diagnose hochwichtiges Frühsymptom ist der sogenannte Bleisaum, eine schiefergraue Verfärbung des Zahnfleisches, die von einer Ausscheidung des Metalls im Speichel der Mundhöhle herrührt. Mikroskopische kleine Körnchen von Schwefelblei verursachen die schwarzgraue Färbung dieses Saumes. Da der Bleisaum den Beginn der Krankheit anzeigt und bei einer ausgesprochenen Ver-

verwaltungen, wie überhaupt mit Arbeiterkorporationen in ständiger Fühlung zu bleiben, ihre Briefe und Prospekte in Erinnerung zu bringen, sich persönlich vorzustellen usw. Das letztere geschieht auf die Gefahr hin, am Schalterfenster wie etwa ein unorganisierter Arbeitslloser abgefertigt zu werden. Die mühsam und teuer angefertigten Schriftsachen erfahren kein besseres Schicksal. Sie wandern unbesehen in den Papierkorb und von 100 Empfehlungsbriefen bleiben 90 unbeantwortet, 5 bringen ablehnenden Bescheid und nur die restlichen 5 führen, wenn zufällig das Bedürfnis für eine bildende Veranstaltung besteht, zu einem Engagement. Mancher, der den geistvollen Referenten im Frack vor der Lichtbildervand bewundert, ahnt es schwerlich, daß derselbe Mann die übrigen Tage in einem moralischen und meist auch wirtschaftlichen Vettlerdasein verbringt. Ja, fühlt man denn nicht das Entwürdigende eines solchen Zustandes für beide Teile? Und die Frage der Lehrmittel. Na, denkt mancher, das ist doch selbstverständlich, daß jeder reisende Komödiant seinen Plunder mitbringt. In Wirklichkeit repräsentieren die Lehrmittel heute enorme Werte. Es ist ganz gleich, was für Vorträge jene Männer halten, ob Lichtbilder-, kinematographische oder Experimentalvorführungen, immer verschlingt die Beschaffung der Lehrmittel einen großen Teil der Einnahmen. Da ist nun der Umstand zu konstatieren, daß in der Zeit einer riesenhaften Teuerung manche Arbeiterkorporation (auch Ortsverwaltung!) sich nicht davon überzeugen kann, daß mit den Honoraren von ehemals jetzt nichts mehr anzufangen ist. Sind sich die Arbeiter, die bei Zahlung eines Honorars von 100 M fragen, ob es das nächstemal nicht etwas billiger sein kann, nicht dessen bewußt, daß jene Leute bei der Stellung der Lehrmittel oft Gegenstände mitführen, deren Wert allein das 5- bis 10fache eines solchen Honorars beträgt? Wer trägt den Schaden, wenn solche Gegenstände auf dem Transport demoliert werden? Läßt man sich diese Dinge einmal durch den Kopf gehen, dann merkt man so recht, daß in bezug auf die wirtschaftlichen Momente des Bildungswesens noch vieles im argen liegt und eine planmäßige Organisierung ebenfalls aus diesem Grunde dringend notwendig ist. Dann allerdings könnte eine erschwingliche Höhe des Honorars für die Lehrkräfte ermöglicht werden, weil nur dieses Mittel eine großzügige, rationelle Art der Veranstaltungen auf vorher fest abgesteckten Routen, in vorher genau bestimmten Orten, mit fest vereinbarten Themen und sichergestellten, bestausgenützten Lehrmitteln gewährleistet. Nur so kann ein Zustand erreicht werden, in dem jeder Kopfarbeiter, der sich befähigt dem Arbeiterbildungswesen widmet, seinen richtigen Wirkungskreis und eine menschenwürdige Existenz, jede Ortsverwaltung jederzeit ihren Referenten und jedes Mitglied seinen geistigen Genuß erhält.

Zur Regelung der Ausschußgußfrage

Nachdem nach der Formerkonferenz im Jahre 1919 durch Verhandlungen mit dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller die Richtlinien zur Regelung der Ausschußgußfrage vereinbart wurden, hat diese Regelung in Württemberg erhebliche Mißstimmung hervorgerufen. Die Ursache war, daß in Württemberg schon im Jahre 1906 und später am 30. Mai 1912 eine bestimmte Regelung für die Ausschußgußfrage getroffen worden ist. Diese war im großen und ganzen besser wie das Berliner Abkommen. Es war nun bezeichnend, daß verschiedene Unternehmer gleich nach Abschluß des Berliner Abkommens dasselbe für ihren Betrieb wirksam erklärten, trotzdem der offizielle Wortlaut der Abmachungen weder den Metallindustriellen noch uns bekannt war. Da unverschuldeter Fehlguß in Württemberg mit 100 v. H. entschädigt wurde, bedeutete es natürlich für die Kollegen eine Verschlechterung, daß sie künftig nach dem Berliner Abkommen nur 75 v. H. bei unverschuldetem Ausschuß erhalten sollten.

Da nun im Berliner Abkommen festgelegt ist, „daß in Gießereien, wo im gegenseitigen Einverständnis und ohne Vorbehalt eine für die Arbeitnehmer günstigere Regelung der Ausschußgußfrage erfolgt ist, bleibt es bei dieser", so traten wir mit den Metallindustriellen in Verhandlungen, um eine einheitliche, den Verhältnissen entsprechende und die Kollegen zufriedenstellende Regelung der Fehlgußfrage zu erreichen. Nach längeren Verhandlungen war es möglich, folgende Vereinbarung zu treffen:

Regelung der Ausschußgußfrage:

Ausschußguß, an welchem der Former, die Akkordarbeiter keine Schuld tragen, wird voll bezahlt.

Ausschußguß, an welchem dieselben dagegen nachweislich Schuld tragen, wird nicht bezahlt. Läßt sich selbst unter Hinzuziehung von Sachverständigen beider Parteien des eigenen Betriebs die Schuld oder Unschuld des oder der betreffenden Arbeiter nicht einwandfrei nachweisen, so werden 75 Prozent des betreffenden Akkords bezahlt.

Bei Differenzen in der Auffassung dieser drei Fälle entscheidet die Betriebsleitung im Einverständnis mit einer nach Ziffer 15 Ab. 1 des Kollektivabkommens vom 11. Oktober 1919 zusammengesetzten Kommission. Gegen die Entscheidung dieser Kommission ist Berufung an die tariflichen Instanzen zulässig.

Bevor die Ausschußstücke beseitigt werden, muß dem betreffenden Former bezw. Kernmacher Gelegenheit zur Besichtigung dieser gegeben werden. Geschieht dies nicht, so ist den beteiligten Arbeitern die Arbeit voll auszubezahlen.

*

Um nun gleich von vornherein etwaige Streitigkeiten über unverschuldeten Ausschuß auf das möglichste zu beschränken, wurde unserseits vorgeschlagen, festzulegen, was unverschuldeter Ausschußguß ist. Nach einigem Zögern traten die Industriellen unserem Verlangen bei und eine Kommission, bestehend aus zwei Industriellen und vier Kollegen, einigte sich auf folgende

Richtlinien

zur Regelung der Ausschußgußfrage und der Einigungsbedingungen vom 30. Mai 1912 nach der neuen Fassung vom 16. April 1920:

1. Für alle Fälle von Ausschußguß, bei welchen ein Verschulden des Arbeiters vorliegt oder in welchen die Schuld nicht einwandfrei nachzuweisen ist, kann jeweils nur entweder der Former oder der Kernmacher verantwortlich gemacht werden, das heißt, es kann nur dem einen oder dem andern der fehlende Akkordbetrag oder 25 Prozent desselben in Abzug gebracht werden, wenn nur einen derselben die Schuld trifft.

2. Der Former bezw. der Kernmacher trägt im allgemeinen die Verantwortung für das von ihm angewendete Form- bezw. Herstellungsverfahren und für den eventuell aus diesem entstehenden Ausschußguß.

In folgenden Fällen dagegen kann den Former bezw. den Kernmacher keine Schuld treffen, und zwar

a) beim Reißen von Gußstücken, wenn dieses auf falsche Konstruktion zurückzuführen ist,
b) wenn der Ausschußguß durch fehlerhafte oder unsachgemäße Anfertigung der Modelle, Kernbüchsen oder Modellplatten verursacht ist,
c) bei porösem Guß oder bei Lunkerungen (Nachsatz), wenn diese Fälle auf ungeeignete oder fehlerhafte Gattierung zurückzuführen sind, sofern erstere nicht durch formtechnische Mittel verhütet werden können,
d) wenn ein Gußstück ohne Verschulden des Formers beim Ausleeren durch Dritte beschädigt oder unbrauchbar gemacht wird,
e) bei Ausschuß, der nachweisbar durch spezielle Anordnungen Vorgesetzter entstanden ist, sofern diese Anordnungen von dem Arbeiter genau eingehalten worden sind. Der Arbeiter ist jedoch verpflichtet, Bedenken gegen solche Anordnungen, die nach seiner Ansicht zu Ausschußguß führen können, rechtzeitig zu äußern, um einen eventuellen Schaden noch verhindern zu können.

Stuttgart, den 16. April 1920.

Für den Verband württ. Metallindustrieller E. V.: Greiner. Fink.

Für den Deutschen Metallarbeiter-Verband: Rich. Oechsle. Anton Kindscherf. Robert Maier. Karl Gollmer.

Meidet den Zuzug nach Danzig

Bei der Verwaltung Danzig laufen fortgesetzt Anfragen ein wegen Arbeitsannahme in der hiesigen Industrie. Wir können unsere Mitglieder nur dringend warnen vor Zuzug nach Danzig. Seit September 1919 hat die 230 000 Seelen zählende Stadt eine Arbeitslosenziffer von über 10 000, von denen die meisten Metallarbeiter sind. Die städtische Erwerbslosenunterstützung, die jetzt nach der Abtrennung vom Reiche ganz aus Gemeindemitteln aufgebracht werden muß, wird in Bälde eingeschränkt und grundsätzlich nur an Danziger Staatsangehörige gezahlt werden. Ausländer, wozu auch Reichsdeutsche gerechnet werden, sind von jeder Unterstützung ausgeschlossen. Infolge der großen Wohnungsnot ist auch keine Möglichkeit, Unterkunft zu finden. Viele Danziger Schulen mußten zu Wohnungen hergerichtet werden, um nur den eigenen Bürgern Unterkunft zu geben. Daß das allgemeine Elend auch auf die Löhne und Arbeitsverhältnisse drückt, ist wohl ohne weiteres klar. Die Teuerung ist größer als selbst in Berlin. Es bestehen Verdienste in der Metallindustrie von 2,50 bis 4 M pro Stunde für Facharbeiter, für Ungelernte noch darunter. Haltet darum den Zuzug nach Danzig fern in eurem und unserm Interesse!

Urabstimmung über die Beitragserhöhung

Nachträglich eingegangene Ergebnisse.

Bezirk und Verwaltung	Es stimmten ja	nein	ungültig	Bezirk und Verwaltung	Es stimmten ja	nein	ungültig
1. Bezirk				Kuhla	82	20	—
Allenstein	82	18	—	Lauterberg	309	8	—
Belgard	45	1	—	Nordhausen (Berichtigung)	797	98	—
Gumbinnen	236	1	—	Ragnit	70	8	—
Rostock	555	587	14	Suhl	1735	1169	—
2. Bezirk				Wernigerode	838	472	—
Altwasser	675	15	—	Zeulenroda	567	62	3
Freiburg i. Schl.	389	8	1	**6. Bezirk**			
Ratibor	631	290	3	Husum	14	—	—
3. Bezirk				**7. Bezirk**			
Jüterbog (Ber.)	81	26	—	Gevelsberg	479	109	—
Neuruppin	190	42	2	Lippstadt	428	59	2
4. Bezirk				Mülheim a. Ruhr	125	77	—
Annaberg	222	69	—	Münster	94	20	56
5. Bezirk				Wesel	42	—	—
Halle (Berichtig.)	3913	528	15	**8. Bezirk**			
Hameln	899	94	—	Limburg	509	202	—

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 9. Mai ist der **20. Wochenbeitrag** für die Zeit vom 9. bis 15. Mai 1920 fällig.

*

Von der 18. Beitragswoche ab betragen die Grundbeiträge für die

1. Klasse 2,20 M
2. „ 1,20 „
3. „ 0,50 „

*

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I	II	III	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig			
Bitterfeld	80	30	—	18. Beitragswoche.
Großenhain	80	—	—	18. „
Hespringhausen	30	—	30	18. „
Kottbus	80	20	10	18. „
Liegnitz	80	30	10	18. „
Lübz	—	—	20	18. „
M.-Gladbach	80	80	50	18. „
Ragnit	80	30	10	18. „
Rudolstadt	30	—	—	18. „
St. Georgen	80	30	20	18. „
Schlensingen	30	—	—	18. „
Wernigerode	30	30	20	18. „
Wertheim a. M.	80	30	20	18. „
Wietze-Steinförde	30	30	30	18. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

*

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 29 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Düren:

Der Schlosser Wilhelm Leis, geb. am 28. Mai 1891 zu Düren Mitgliedsbuch-Nr. 2,731570, wegen betrügerischen Manipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Leipzig:

Der Hilfsschlosser Walter Liesegang, geb. am 18. Juni 1901 zu Nordhausen, Mitgliedschaftsausweis Nr. 706458, wegen Unterschlagung eines Mitgliedschaftsausweises.

*

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch-Nr. 3,509406, lautend auf den Schmied Hans Pätzold, geb. am 20. August 1898 zu Memmendorf, eingetr. am 25. Januar 1919 zu Schneidemühl. (Burgstädt.)

Mitgliedschaftsausweis Nr. 39432, lautend auf den Schlosser Alfred Sander, geb. am 30. März 1901 zu Grundorf, eingetr. am 8. Juni 1919 zu Leipzig. (Leipzig.)

Mitgliedsbuch-Nr. 3,023202, lautend auf den Heizer Paul Pioch, geb. am 8. Januar 1900 zu Quarstein, übergetreten am 21. September 1919. (Gelsenkirchen.)

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Quittung

über die vom 1. bis 31. März 1920 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von Aachen 50 312,60 M. Achern 1100. Ahlen 6700. Alfeld 6000. Altena 27 000. Altenburg 10 000. Altötting 1000. Altwasser 17 000. Amberg 13 500. Andernach 2500. Annaberg 7000. Ansbach 2357,73. Apolda 3700. Arnstadt 4000. Artern 6000. Aschaffenburg 11 947,30. Aschersleben 13 000. Aue 76 000. Augsburg 44 776,30. Augustfehn 1200. Barmen 60 000. Barth 1000. Battenberg 500. Bendorf 16 000. Bensheim 1200. Bergedorf 2000. Berlin 2 001 342,30. Berlinchen 1200. Bernburg 20 000. Bernsdorf 1000. Betzdorf 500. Beuthen 20 000. Biberach 1000. Bielefeld 65 000. Blankenburg i. H. 1000. Bochum 50 000. Bockwitz 9000. Bonn a. Rh. 32 000. Braubach 3000. Bremen 20 000. Breslau 49 847,61. Burg 5000. Burgdorf 400. Butzbach 1000. Bautzen 10 000. Celle (Hann.) 2000. Clausthal i. H. 1500. Crimmitschau 12 000. Cuxhaven 1000. Darmstadt 10 000. Dassel 1000. Dessau 35 000. Detmold 3000. Dippoldiswalde 1500. Dirschau 1500. Döbeln 12 000. Dortmund 135 000. Dresden 39 000. Düsseldorf 150 338,05. Duisburg 160 000. Eberstadt 900. Eberswalde 36 000. Ebingen 9500. Eckernförde 400. Eilenburg 2000. Einbeck 600. Einswarden-Nordenham 6000. Eisenach 40 000. Eisenberg 2500 Eisleben 3000. Elsterwerda 6000. Emden 3500. Erfurt 9000. Erlangen 5500. Essen 160 242,60. Eßlingen a. N. 19 000. Finsterwalde 13 000. Flensburg 30 000. Forchheim i. Bay. 5000. Forst (N.-L.) 1500. Frankenberg i. Sa. 1500. Frankfurt a. M. 200 000. Frankfurt a. O. 5000. Freiberg i. Sa. 10 000. Freiburg i. Br. 5000. Freiburg i. Schl. 3900. Friedenshütte 9000. Friedrichshafen 10 000. Friedrichsthal 1000. Fulda 3500. Fürth 24 000. Furtwangen 3000. Gaffen 5500. Geesthacht 1500. Gefrees 300. Gelsenheim 6000. Geithain 600. Gelsenkirchen 70 000. Gera 23 000. Gevelsberg 9000. Glatz 1000. Glauchau 2000. Glogau 2000. Glückstadt 1600. Gmünd 12 000. Göppingen 35 000. Görlitz 21 000. Goslar 1500. Gößnitz 2500. Göttingen 4000. Gotha 20 000. Greiz 4500. Grimma 1500. Grimmen 500. Groitzsch 2800. Gronau 800. Großenhain 5000. Groß-Räschen 2300. Groß-Schönau 700. Grüna 1000. Grünberg 7000. Guben 9600. Gummersbach 9000. Güstrow 3500. Hadersleben 1000. Hagen i. W. 40 000. Haiger 3000. Hainichen 500. Halberstadt 3000. Hall 1500. Halle a. S. 70 000. Hamburg 29 385,80. Hamm a. Sieg 3000. Hamm i. Westf. 18 000. Hanau a. M. 10 000. Hannover-Linden 101 060,05. Harburg a. E. 19 000. Harzgerode 3000. Hausham 1000. Heidenheim 4000. Heilbronn 35 000. Helmstedt 5000. Hennigsdorf 1000. Herford 2000. Hersbruck 800. Hildesheim 18 000. Hindenburg 10 000. Hirschberg i. Schl. 6000. Hohenlimburg 20 000. Höhr (Westerwald) 500. Holzminden 800. Hönningen 1200. Hörde 60 000. Hötensleben 800. Hammerau 1000. Ingolstadt 15 000. Itzehoe 1000. Jarmen 700. Jena 12 000. Kalbe 600. Karlsruhe 60 000. Kassel 60 000. Kaufbeuren 500. Kenla 2500. Kiel 40 000. Kirchen (Sieg) 3000. Koburg 5900. Köln a. Rh. 282 000. Königsberg 30 000. Königshuld 1000. Koswig 2000. Köthen 7000. Kottbus 2000. Kotzenau 1500. Küstrin 1000. Lahr 2500. Lambrecht 1500. Landsberg a. Lech 500. Landsberg (Warthe) 3500. Langenbielau 1800. Langenlesen 600. Lauf i. Bay. 1800. Laurahütte 5000. Lautawerk 3000. Lauterbach 1000. Leer 3000. Lehesten 700. Leipzig 220 000. Leisnig 2000. Leutkirch 1000. Lichtenstein-Callnberg 514,40. Liegnitz 8000. Limbach i. Sa. 5000. Lippstadt 6000. Löbau 2000. Löcknitz 800. Lollar 4000. Ludwigshafen a. Rh. 60 000. Lugau 4000. Lübeck 15 000. Lüdenscheid 30 000. Lüneburg 1500. Magdeburg 155 000. Mainz 6000. Mallmitz 5500. Mannheim 170 000. Marburg 1330. Markranstädt 4500. Martinkamitz 900. Meerane 9820. Meißen i. Sa. 9000. Memmingen 4000. Merseburg 10 000. Mertmann 2000. Metzingen 1700. Meuselwitz 4500. Michelstadt 2500. Minden 5000. Mülheim (Ruhr) 30 000. München 130 342. München-Gladbach 20 000. Münster i. W. 5000. Münsterberg 500. Neheim-Hüsten 12 000. Neiße i. Schl. 1300. Neubrandenburg 2600. Neugersdorf 5000. Neumarkt 1700. Neumünster 4000. Neurode 3600. Neusalz (Oder) 4000. Neustadt (Orla) 4000. Neustadt (Sa.) 1700. Neu-

---

gistung kann zu fehlen pflegt, ist seine Beobachtung von großer Bedeutung. Wenn um diese Zeit jede Beschäftigung mit dem Metall aufgegeben wird, kann die Erkrankung noch einen günstigen Verlauf nehmen; wenn das Warnungssignal, das uns die Natur selbst gibt, unbeachtet bleibt, kommt es meist zu den viel schwereren Folgeerscheinungen. Zunächst zur **Bleikolik**, einem mit heftigen Schmerzen einhergehenden, anfallsweise auftretenden Darmkrampf. Die große Schmerzhaftigkeit dieser Koliken, die von anfallsfreien Pausen unterbrochen sind, führt den Patienten zuerst zum Arzt. Nicht immer läßt sich die Krankheit dann noch beseitigen, jedoch gelingt mit **Ausschaltung des Bleies aus dem Berufsleben des Erkrankten** die Heilung in vielen Fällen. Man glaubt heute, daß der Darmkrampf durch eine Reizung der Nervenzellen des Darms hervorgerufen wird, daß also auch die Kolik nervösen Ursprungs ist.

Sehr unangenehm sind die heftigen, reißenden Gelenkschmerzen, die nicht selten im Gefolge einer Bleivergiftung, ebenfalls anfallsweise, auftreten und mit echten Gichtanfällen große Ähnlichkeit haben. Zu den Symptomen, die erst verhältnismäßig spät erscheinen, gehören die **Bleilähmungen**. Sie betreffen in der Regel zuerst den Unterarm, gehen dann auf Oberarm und Schulter über, während die anderen Gliedmaßen seltener befallen werden. Die Lähmungen gehören zu den schlimmsten Erscheinungen der Bleivergiftung; sie sind nicht wieder gut zu machen, da die betreffenden Nerven unter dem Einfluß des heimtückischen Metalls degenerieren. Während die einen meinen, daß die Ursache der Lähmungen in einer Schädigung des Gehirns selbst beziehungsweise der zu den betreffenden Gliedmaßen gehenden Nervenzentren liegt, führen andere die Lähmungen auf eine Schädigung der peripheren Nerven zurück. Praktische Bedeutung hat diese Streitfrage kaum. Die Lähmungen, die zumeist noch im Laufe der Zeit zunehmen, schleichend auch andere Gebiete ergreifend, machen den davon betroffenen Menschen jedenfalls erwerbsunfähig. Noch viele andere nervöse Symptome können die chronische Bleivergiftung begleiten. Sie kann wirkliche Geisteskrankheiten zur Folge haben, indem sie eine allgemeine Schädigung der grauen Rindensubstanz des Gehirns hervorruft, sie kann epileptische Anfälle auslösen, die ebenfalls auf eine Reizung bestimmter Hirngebiete zurückzuführen sind, in seltenen Fällen Degenerationen im Gebiete des Sehnerven machen, die zur Blindheit führen. Alles das sind Erkrankungen nervöser Organe. Man sieht sie als eine ganz besondere Beziehung zwischen dem Blei und der Substanz, die unsere Nerven zusammensetzt, an. Es zeigt sich auch im Tierexperiment, daß Blei, sobald es in den allgemeinen Kreislauf gekommen ist, in erster Linie das Nervensystem schädigt. Von anderen Organen wird durch das Blei noch die Substanz der Nieren angegriffen; es liegt ja nahe, daß das Gift dort, wo es zur Ausscheidung aus dem Körper kommt, nämlich in den Nieren, Störungen verursacht. Die als Folge einer Bleivergiftung zuweilen auftretenden Nierenkrankheiten können ebenfalls großen Schaden anrichten, Wassersucht und die übrigen Symptome gestörter Nierenfunktion hervorrufen.

Es erwächst die sehr wichtige Frage: Wie kann man den vielen Schädlichkeiten, die das Blei am menschlichen Körper setzt, vorbeugen? Kann man ihnen überhaupt vorbeugen? Freilich kann man es, wenn man das Blei aus dem Gewerbeleben gänzlich entfernt. Trotz aller Bemühungen hat sich dies bisher nicht durchführen lassen. Wenn man sich vergegenwärtigt, wieviele, zum Teil ganz voneinander verschiedene Berufsarten mit dem Blei zu tun haben, daß Maler und Schriftsetzer, Arbeiter in Kabelwerken und Hüttenbetrieben und noch zahlreiche andere mit Blei arbeiten, so wird man sich einen Begriff davon machen können, wie schwierig es ist, dieses Metall und Gewerbegift aus dem Industrieleben radikal zu beseitigen. So müssen wir uns damit begnügen, die Symptome zu bekämpfen, da wir eine wirklich erfolgreiche Prophylaxe, eine Entfernung des die Schädigung auslösenden Moments vorläufig kaum durchführen können. Tausende von Menschen würden arbeitslos sein, wenn das Blei aus dem Gewerbeleben entfernt wird. Immerhin kann durch eine lange Beaufsichtigung viel zum Nutzen des Betroffenen geschehen. Die in den Bleibetrieben Beschäftigten müssen selbst über die Wirksamkeit des Metalls unterrichtet sein, sie müssen angehalten werden, sich in ihren Umgangsgebräuchen danach zu richten. Natürlich sollte jeder, bei dem sich Frühsymptome einer Bleischädigung einstellen, vor allem also der warnende **Bleisaum** am Zahnfleisch, sofort den Beruf wechseln, um den Angriffen des tückischen Giftes nicht weiter ausgesetzt zu sein. Der Bleisaum zeigt an, daß die Zerstörungsarbeit im Entstehen begriffen ist. Darum beizeiten Vorsicht.

Gegenüber den Schädigungen, die durch das Blei veranlaßt werden, treten die übrigen Gewerbekrankheiten sehr zurück. Eisen und Quecksilber, Phosphor und Arsen vermögen zwar auch mehr oder weniger chronische Erkrankungen herbeizuführen, schädigen aber doch nicht entfernt so viele Menschen wie das Blei, das ein ausgesprochenes Gewerbegift darstellt.

(Schluß folgt.)

wied 7000. Niederscheld 1700. Nördlingen 900. Nossen 3000. Nowawes-Potsdam 20 000. Nürtingen 1000. Oberhausen 33 500. Oberndorf a. N. 7500. Oederan 1150. Oels 500. Offenbach a. M. 60 138. Offenburg 700. Oggersheim 7000. Ohlau 1000. Olbernhau-Lengefeld 5000. Oldenburg i. O. 4000. Oschatz 2000. Oschersleben 2300. Osnabrück 30 000. Osterholz-Scharmbeck 1900. Osterode a. H. 1000. Pasewalk 1600. Passau 1000. Pegnitz 2000. Peine 12 000. Peissenberg 316,50. Penig 7000. Penzberg 400. Pforzheim 140 000. Pfronten 1100. Pfungstadt 1000. Pillkallen 500. Pinneberg 1500. Plauen 52 000. Plettenberg 13 000. Pößneck 2500. Primkenau 800. Palmnicken 1500. Rastenburg 1170,03. Regensburg 11 000. Regenwalde 1200. Rehau 1000. Reichenbach i. V. 6000. Reichenhall 700. Remscheid 733,50. Rendsburg 10 000. Reutlingen 9200. Riesa 27 000. Rochlitz 2700. Rosenheim 3000. Rüslau 2000. Rössel 836,20. Roßwein 3000. Rothenbruck 827. Rybnik 12 000. Saalfeld 12 000. Saarau 1500. Salzungen 20 000. Salzwedel 1000. St. Georgen 5000. Selb 1100. Senftenberg 8000. Siegburg 50 000. Siegen i. W. 13 000. Singen-Radolfzell 11 000. Soest 1000. Sonderburg 600. Sorau 2000. Swinemünde 1000. Schmölln 5200. Schöningen 5000. Schramberg 3000. Schwabach 7000. Schwarzenbach 600. Schweidnitz 5000. Schweinfurt 30 000. Schwenningen 15 000. Schwiebus 500. Schwientochlowitz 19 000. Stadtilm 230. Staßfurt 4124. Stenbal 13 000. Stettin 50 000. Stolp 2000. Stolpen 2700. Stralsund 3000. Straßebersbach 800. Strehlen 500. Stuttgart, Einzelmitgl. 400. Teterow 800. Todtnau 1100. Tönning 3700. Traunstein 1400. Triberg 1000. Trossingen 10 200. Trostberg 1000. Uelzen 1200. Uetersen 1000. Ulm 15 000. Urberach 1500. Varel 6000. Velbert 30 912,60. Villingen 6000. Waiblingen 3000. Waldshut 1500. Wallau 2500. Waltershausen 500. Warnemünde 678,50. Weilheim 450. Weimar 5000. Weißenburg 600,20. Weißwasser 1560. Werdau 12 000. Wernigerode 14 000. Wertheim 1500. Wetzlar 40 000. Wieda 500. Wiesbaden 10 000. Wietze-Steinförde 1000. Wilhelmst.-Rüstringen 20 000. Wirges 700. Wismar 3310,80. Witten-Annen 30 000. Wittenberg 8000. Wittenberge 7700. Wolfenbüttel 3200. Worms 6500. Wurzbach 181,75. Würzburg 20 000. Wurzen 12 000. Zatwadzki 2000. Zeitz 10 000. Zeulenroda 15 000. Zittau 21 500. Zorge 1200. Zossen 750. Zweibrücken 20 000. Zwickau 50 000. Hamburg 21 000. Sonstige Einnahmen 465 730,70 *M*.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von Drahtziehern nach **Wesel** (Krieg & Tigler) D.;
von Elektromonteuren nach **München** und **Südbayern** St.; nach allen Orten Württembergs;
von Formern und Gießereiarbeitern nach **Meltmann** (Ferd. Bonivet, Fittings- und Weicheisenfabrik) D.;
von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.;
von Metallarbeitern nach **Bremen** L.; nach **Danzig** D.; nach **Detmold** (Staatswerkstätten) St.; nach **Elbing** (Fa. F. Komnick und Fa. F. Schichau) A.; nach **Kehl** i. B. (Lokalbahn Kehl) L.; nach **Schneidemühl** D.; nach **Stuttgart** (Contessa-Nettelwerke) A.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Berichte

Elektromonteure.

Hamburg. Zum Streik der Elektriker ist zu bemerken, daß die aufgestellte Forderung von 6 *M* den Arbeitgebern zu hoch erschien, daß sie jedes Entgegenkommen auf dieser Grundlage ablehnten und trotz weiteren Entgegenkommens auf ihrem Standpunkt beharrten. Bemerkenswert ist, daß einer der Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände den Ausspruch tat: „Ferien können gewährt werden, jedoch ohne Bezahlung." Der dann von den Arbeitgebern angerufene Schlichtungsausschuß fällte einen Schiedsspruch mit einem Höchstlohn von 4,80 *M*. Dieser Schiedsspruch jedoch wurde von den Elektrikern und Helfern einstimmig abgelehnt. In einer Einigungsverhandlung unter dem Vorsitz des Herrn Amtsrichter Dr. Müller wurde der Vorschlag gemacht, für den Monat April einen Stundenlohn von 5,20 *M* und für den Monat Mai einen solchen von 5,50 *M* zu zahlen. Die Arbeitervertreter glaubten, daß auf dieser Basis eine Einigung zustande kommen würde. Die Herren Arbeitgeber mußten sich erst ein Mandat von ihrer Versammlung holen. Als am Sonnabend den 17. April eine weitere Besprechung unter dem Vorsitz des Herrn Amtsrichter Dr. Müller stattfand, erklärten die Arbeitgeber, sie hätten den Schiedsspruch angenommen und gingen darüber auf keinen Fall hinaus. In einer am 19. April tagenden überfüllten Versammlung befaßten sich die Elektriker und Helfer mit dieser Situation. Nach einem ausführlichen Referat Kempkens und einer ausgedehnten Debatte wurde in geheimer Abstimmung gegen wenige Stimmen der Streik beschlossen. Darauf wurde nachfolgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen: „Die am 19. April 1920 tagende Versammlung der Elektriker und Helfer nimmt Kenntnis von der Stellung der Arbeitgeberversammlung, welche beschlossen hat, als Höchstlohn für gelernte Handwerker einen Stundenlohn von 4,60 *M* zu gewähren. Da dieses als letztes bezeichnete Angebot unannehmbar ist, sehen sich die Elektriker und Helfer leider gezwungen, zu dem äußersten Kampfmittel, dem Streik, zu greifen. Für die daraus folgenden weiteren wirtschaftlichen Schäden müssen die Arbeiter jede Verantwortung ablehnen. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, die für einen Streik notwendigen Maßnahmen sofort zu veranlassen und in einem ihr geeignet erscheinenden Maße die Arbeit einstellen zu lassen." Anschließend daran nahm man, weil vorläufig aus taktischen Gründen noch nicht alle Betriebe bestreikt werden, eine weitere Entschließung an, in der es heißt: „Da das Unternehmertum den Elektrikern den Kampf aufgezwungen hat, verpflichten sich die in Arbeit verbleibenden Kollegen und Kolleginnen der Branche, die im Kampfe stehenden Kollegen materiell zu unterstützen und beschließen, pro Arbeitswoche einen Tagesverdienst an die Streikzuschußkasse abzuführen." In den in Frage kommenden Betrieben sind mit Dienstag morgen um 10 Uhr die Beschäftigten einmütig in den Streik getreten. Die Haltung der Streikenden ist eine durchaus mustergültige.

Wehlau. Ein sauberer Unternehmer ist der Elektroingenieur Emil Wenisch, ein Österreicher, wohnhaft in Stallupönen, der in Wehlau ein Baubüro für die Ausführung des hierselbst zu errichtenden Elektrizitätswerkes unterhält. Wieviel Wert auf die Versprechungen dieses Herrn gelegt werden kann, zeigt folgendes: Am 18. März wurden die Kollegen vorstellig, um einen neuen Tariflohn zu erreichen. Wenisch bewilligte die gestellte Forderung, den Lohn auf 4,50 *M* pro Stunde zu erhöhen. Die Kollegen haben aber versäumt, sich die Lohnbewilligung schriftlich geben zu lassen, und nun erklärt Herr Wenisch: er zahle diesen Lohn nicht, für ihn seien die Lohnsätze bindend, die der Arbeitgeberverband in Wehlau bewilligt habe. Das sind 2,20 bis 2,80 *M* pro Stunde; so sucht sich Herr Wenisch von seinem Zugeständnis zu drücken. Die Hausinstallationen wurden bisher in Akkord ausgeführt. Als nun Wenisch ersucht wurde, diese Arbeiten wegen des ständigen Material- und Werkzeugmangels [illegible] angemessenem Stundenlohne ausführen zu lassen, um es den Monteuren zu ermöglichen, eine gute und ordnungsgemäße Arbeit herzustellen, wurde dieses abgeschlagen. Wenisch erklärte, da müsse er Geld zusetzen, denn ein Monteur installiere am Tage dann höchstens 3 bis 4 Lampen. Übrigens bekümmert sich Herr Wenisch sehr wenig um seine Sachen; er läßt sich von einem Zeichner, der absolut nichts von elektrischen Anlagen versteht, über den Stand der Arbeit informieren. Herrn Wenisch soll jedoch hier einmal mitgeteilt werden, daß selbst tüchtige Sachverständige (im „Elektr. Anzeiger" vom Jahre 1919, Nr. 24—27) darauf hingewiesen haben, daß es Glanzleistungen sind, wenn ein Monteur mit Helfer bei ländlichen Anlagen 3 bis 4 Brennstellen pro Tag fertigstellt, er sogar die Friedensleistung bei zehnstündiger Arbeitszeit bedeutend übertrifft. Die Behörden werden sich bald davon überzeugen müssen, daß Herr Wenisch überhaupt nicht in der Lage ist, die Arbeit auszuführen. Vier Monate wird schon am Ortsnetz gebaut, ohne daß bis jetzt ein Mast gesetzt oder ein Meter Leitung gezogen ist. Wenn es so weitergeht, so erhält Wehlau überhaupt kein elektrisches Licht, die Schuld trägt aber dann die Stadtverwaltung, die diesen Schlendrian zuläßt; man soll dann nicht versuchen, die Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen. Sorgt für sachgemäße Leitung, dann wird es auch vorwärts gehen.

Branche der Elektriker. Wehlau.

Gold- und Silberarbeiter.

Magdeburg. Die Gold- und Silberarbeiter Magdeburgs nahmen am 22. April in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu der rückständigen Haltung der Goldschmiedeinnung betr. Abschluß eines neuen Tarifs. Der Metallarbeiter-Verband hatte den bis 31. 3. 20 laufenden Tarifvertrag zum 1. April gekündigt, um eine den Verhältnissen angepaßte Lohnregelung vorzunehmen. Obwohl nun die Innung schon zweimal mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband einen Tarif abgeschlossen hatte, weigerte sie sich diesmal, den Verband als Vertreter der Gold- und Silberarbeiter anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln. Sie berief sich auf § 44 des Innungsstatuts, das besagt, der Gehilfenausschuß kann bei Regelung von Lohnfragen mit hinzugezogen und seine Wünsche gehört werden. Die Verordnung über Tarifverträge vom 23. 12. 1918, wonach wohl zwischen einzelnen Arbeitgebern mit der Arbeitnehmerorganisation, aber niemals eine Organisation der Arbeitgeber mit einzelnen Arbeitnehmern, wie hier dem Gehilfenausschuß, Tarifverträge abschließen kann, erkannten die Herren für sich als rechtsverbindlich nicht an. Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, sandte der Vorsitzende der Innung einem Kollegen vom Gehilfenausschuß ein Schreiben, welches wert ist, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Es hat folgenden Wortlaut: „Durch die am Sonntag leider gescheiterten Verhandlungen, in welchen wir Ihnen anheimstellten, unter Ausschluß eines Organisationsvertreters zu verhandeln, welches nach § 44 unseres Zwangsinnungsstatuts nicht zulässig ist, wurde Ihnen von unserer Seite ein Ultimatum bis Mittwoch den 21. 4. 20, mittags 12 Uhr, gestellt, sich zu erklären, ob Sie mit uns allein verhandeln wollen oder nicht. Da bis zur festgesetzten Zeit eine Antwort für oder gegen von Ihrer Seite nicht erfolgte, so machen wir Ihnen hierdurch die Mitteilung, daß für das gesamte Gold- und Silberschmiedegewerbe der Zwangsinnung Magdeburgs ein Tarif, welcher nebenbei bemerkt bereits von Ihnen gekündigt war, nicht mehr besteht und von unserer Seite ein Tarif nicht wieder anerkannt wird. gez. W. Heinecke." Es erübrigt sich, viel dazu zu sagen. Herr Heinecke ist erst seit kurzer Zeit Innungsvorsitzender. Ein Sprichwort sagt: „Neue Besen kehren gut." Hier scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Wir bezweifeln, ob es im Interesse der Innungsmeister liegt, einen Mann an ihre Spitze zu stellen, der die Zeichen der Zeit noch nicht begriffen hat und sich noch nach seinen gute[illegible] richt mehr in den Rahmen der Zeit passenden, verzopften Innungsstatuten richtet. Es wird auch hier die höchste Zeit, daß mit diesen mittelalterlichen Einrichtungen Schluß gemacht und zeitgemäße Organisationen geschaffen werden, die anerkennen, daß auch die Arbeiter mitzubestimmen haben über die Auswertung ihrer Arbeitskraft und daß sie sich dazu ihre Organisationen geschaffen haben. Dieses brachte auch die Versammlung zum Ausdruck, indem sie der folgenden Resolution einstimmig ihre Zustimmung gab: „Die heutige Versammlung der Gold- und Silberarbeiter Magdeburgs protestiert ganz entschieden gegen den rückständigen Standpunkt der Innung, ihre Organisation nicht als Vertretung anzuerkennen. Sie weist das Ansinnen der Innung, nur mit einzelnen Kollegen, aber nicht mit den Organisationsvertretern zu verhandeln, mit aller Schärfe zurück und gelobt sich, den ihr aufgezwungenen Kampf mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufzunehmen und auch vor den letzten Mitteln nicht zurückzuschrecken."

Nürnberg. Die 1918 eingetretene tiefe Umwälzung und soziale Bewegung hat auch die hiesigen Goldschmiede genötigt, neue Wege zu gehen, und in Erkenntnis dessen haben sich die Kollegen vollzählig dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen. Wie weit wir noch zurück waren, erhellt schon daraus, daß noch nicht einmal die gesetzliche 8stündige Arbeitszeit eingeführt war. Bereits im November 1919 wurde ein Tarif abgeschlossen für die Städte Nürnberg-Fürth, der erhebliche Verbesserungen brachte, u. a. 47stündige Arbeitszeit, Arbeitsschluß an den Vortagen vor Weihnachten und Neujahr um 2 Uhr bei Bezahlung der ausfallenden Stunden; freien Samstagnachmittag; Ferien bis zu 2 Jahren Beschäftigungsdauer 2 Tage, steigend pro Jahr um 1 Tag bis zu 6 Tagen; und eine monatliche Vergütung von 2 *M* für Werkzeugabnützung. Diese tarifliche Regelung war den Arbeitgebern wohl äußerst unbequem, denn nach langwierigen Verhandlungen und Verschleppungsversuchen waren wir gezwungen, in der Lohnposition den Schlichtungsausschuß in Anspruch zu nehmen. Die sprunghafte Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel und Lebensmittel, die ein Anpassen der Löhne an die Lebensbedingungen unmöglich machten, veranlaßten uns, wiederholte Forderungen um Teuerungszulagen, so im Januar und April dieses Jahres zu stellen, die bewilligt wurden. Die Löhne betragen gegenwärtig für Facharbeiter im 1. Jahre nach beendeter Lehre 1,82 bis 2,54 *M*; für Facharbeiter bis 21 Jahre 2,73 bis 3,64 *M*; für Facharbeiter über 21 Jahre 3,64 bis 4,55 *M* als Mindestlöhne pro Stunde. Vom Goldschmiedegehilfen-Verein Bremen wurde in einem Aufrufe in unseren Fachzeitungen zur Gründung eines besonderen Verbandes der Goldarbeiter aufgefordert. Wir bedauern, daß unsere Entgegnung, wonach wir entschlossen sind, an unserer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, festzuhalten und einen weiteren Ausbau zu fördern unerwidert blieb. Wir werden jedoch alle Bestrebungen, durch Gründung von Sonderorganisationen unsern Verband zu zersplittern, aufs schärfste bekämpfen. Wir ersuchen die Kollegen, besonders unsere Vertreter, sich mit der bereits vom Vorstand genehmigten Berufskonferenz recht eingehend zu beschäftigen und das gesammelte Material baldmöglichst dem Vorstand zur Sichtung zu unterbreiten. Die Arbeitsverhältnisse speziell bei den Kleinmeistern, die größtenteils noch sehr schlechte sind, machen es dringend nötig, daß dort bessere Verhältnisse geschaffen werden, wie sehr auch noch viele Mißstände unseres Berufes, wie Lehrlingswesen, wo speziell noch sehr vieles rückständig ist, paritätisch-zentrale Arbeitsnachweise, Lohnzahlung in Krankheitsfällen auf bestimmte Zeit, Gesellenprüfungsausschüsse, Regelung der Werkzeugentschädigung, Bekämpfung der Pfuscharbeit, Volontärwesen, im besonderen durch Kunstschüler und vieles mehr verbesserungsbedürftig sind. Hier wird und kann ein Reichstarif außerordentlich bessernd wirken. Notwendig wäre außerdem, daß unsere Verbandszeitung öfter Berichte bringt, und ich möchte speziell alte Kollegen und Branchenvertreter auffordern, sich mehr daran zu beteiligen, denn die G.-K. und G.-Ztg. als Fachzeitungen, obwohl technisch vorzüglich und unentbehrlich, bilden für uns nicht die Organe, unsere wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Wir begrüßen und empfehlen den Kollegen den Artikel vom Kollegen Zeuschke, D. G.-K. 4. 1920, über Kameradschaft und Kollegialität der besonderen Beachtung. Hier erwähnt auch Kollege Br., daß unsere materiellen Interessen beim D. M.-V. gut vertreten sind. Kollegen, für die Zukunft muß noch ungeheure Arbeit geleistet werden. Die Einigkeit ist erstes Gebot, die Notwendigkeit einer straffen Organisation ist schon altes Bedürfnis. Hätten wir die Gewerkschaftsbewegung rechtzeitig und richtig erkannt, würden wir heute mächtiger und größer dastehen. Die Kollegen müssen alle in der Frage einig sein, daß wir in unserer wirtschaftlichen Organisation Schulter an Schulter kämpfen und uns alle zu gemeinsamer Arbeit im Interesse unseres Berufes zusammenschließen müssen, um durch eine geschlossene Front das große Ziel zu erreichen. Insbesondere unsere jungen Kollegen müssen erkennen, daß innerhalb unserer Gewerkschaft noch große Probleme der Lösung für unseren Beruf bedürfen. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, mit allen Kollegen im Reich Verbindung zu suchen, und ersuchen alle Ortsverwaltungen, in denen unsere Branche vereinigt ist, um die Adresse der Branchenleitung. Die Kollegen bitten wir, die hier angeregten Fragen zu diskutieren. Sendungen bitten wir zu richten an Branchenvertreter F. List, Ortsverwaltung Nürnberg.

Graveure und Ziseleure.

Der Reichstarif für das Graveur- und Ziseleurgewerbe ist in den Verhandlungen vom 12. und 13. April mit dem Deutschen Graveur- und Ziseleurbund einer Revision unterzogen worden. Die allgemeinen tariflichen Bestimmungen haben nur wenige redaktionelle Änderungen erfahren. Das Hauptstreitobjekt war die Lohnposition und die Städtezulage. Nach langwierigen Verhandlungen kamen folgende Vereinbarungen zustande:

	Grundlohn	Städtezuschlag mit Einwohnern bis zu 150 000 = 45 v. H.	300 000 = 50 v. H.	500 000 = 55 v. H.	darüb. hinaus = 70 v. H.
im ersten Jahre nach dem Auslernen .	2,— *M*	2,90 *M*	3,— *M*	3,10 *M*	3,40 *M*
bis zum 24. Jahre	2,50 „	3,63 „	3,75 „	3,88 „	4,25 „
über 24 Jahre . .	2,95 „	4,28 „	4,43 „	4,57 „	5,02 „
für Hilfsarbeiter:					
über 18 Jahre . .	1,70 „	2,47 „	2,55 „	2,64 „	2,90 „
„ 21 „ . .	2,— „	2,90 „	3,— „	3,10 „	3,40 „
„ 24 „ . .	2,60 „	3,77 „	3,90 „	4,03 „	4,42 „

Diese Sätze gelten seit dem 1. April 1920 und sind die Meister verpflichtet, diese Sätze vom 1. April ab zu zahlen. Ferner sind die Meister verpflichtet, auf den vor dem 1. April geltenden Tariflohn, ab 28. Februar 1920 gerechnet, 20 v. H. Aufschlag zu zahlen. Auch dort, wo bereits ein Aufschlag von 10 oder 15 v. H. auf den bisherigen Stundenlohn seit dem 28. Februar (Anfang der Lohnwoche) gezahlt wurde, ist die Differenz nachzuzahlen und sind die Kollegen, besonders die Branchenleiter verpflichtet, sich mit der Ortsverwaltung zum Zwecke der Durchführung dieser Beschlüsse umgehend zu verständigen. Bei Akkordarbeit wird das Wort „mittlerer" gestrichen und bleibt nur „Stundenlohn" stehen; auch müssen die 30 v. H. bei der Berechnung einschließlich der Städtezulage in Frage gezogen werden. Bei Position 10, Vertragsdauer, ist ein neuer Kündigungsmodus für die Lohnposition angeschlossen worden; die Bestimmung lautet: „Die Kündigung der Lohnposition kann erstmalig am 1. Juni 1920 mit vierwöchentlicher Frist auf den 1. Juli 1920 erfolgen. Etwaige Lohnerhöhungen treten damit am 1. Juli 1920 in Kraft. Die dann festgesetzten Löhne gelten immer auf zwei Monate. Es liegt nun an den Kollegen und deren Vertretung, dafür zu sorgen, daß die festgelegten Löhne von den Meistern gezahlt werden. Eine Maximalgrenze der Löhne wurde nicht festgelegt, trotzdem die Vertreter der Meisterorganisation auch nach dieser Richtung sehr bestrebt waren, eine Grenze nach oben festzulegen. Es wird auf die Kollegen ankommen, die ihre Leistungen höher einschätzen, als die festgelegten Grundlöhne bestimmen, dementsprechend höhere Forderungen geltend zu machen. Wir bitten aber die Ortsverwaltungen, mit der Branchenleitung recht bald festzustellen, wo diese Lohnsätze erreicht und wo sie überholt sind. Natürlich immer nur unter der Berechnung, daß dieses Tarifverhältnis mit den Kleinmeistern des Graveur- und Ziseleurgewerbes abgeschlossen ist, denn es ist vielfach üblich, gerade in diesen Kreisen, daß die im Tarif festgelegten Löhne noch nicht gezahlt werden, weil die Gehilfen vielfach nicht den Mut haben, ihren Forderungen laut Tarif Geltung zu verschaffen. Die Änderungen des Reichstarifs werden gesondert in Neudruck erscheinen und können dem alten Tarifbüchlein beigefügt werden. Bestellungen sind umgehend an den Vorstand einzureichen. Wir bitten die Ortsverwaltungen, besonders an jenen Orten, wo die Graveure und Ziseleure nur vereinzelt in Ladengeschäften und kleinen Graveur- und Ziseleuranstalten tätig sind, ein wachsames Auge zu haben, damit auch dort die Tariflöhne gezahlt werden. Die Zentralbranchenleitung der Graveure und Ziseleure.

Metallarbeiter.

Berlin. Jahresgeneralversammlung der Berliner Metallarbeiter. Die Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am Montag den 19. April ihre außerordentliche Jahresgeneralversammlung in der Bockbrauerei, Fidicinstraße, ab. Der Vorsitzende der russischen Metallarbeiterorganisationen, Alexander Schlapnikoff, hat den Wunsch, unsere Organisation zu besuchen, das deutsche Konsulat in Stockholm versagt ihm aber die Einreiseerlaubnis. Rusch hat sich sofort in einem Schreiben an den Minister des Äußern, Dr. Köster, mit dem Ersuchen gewandt, alles zu tun, um die Einreise des Vorsitzenden unserer russischen Bruderorganisation zu ermöglichen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Kassenbericht, gab der Kassierer Wilhelm Schmidt die Rechnungslegung vom 3. und 4. Quartal 1919. Am 1. Januar 1920 betrug der Kassenbestand der Hauptkasse 4 339 873,12 *M*, der der Lokalkasse 827 197,02 *M*. Ohne Debatte stimmte die Generalversammlung dem Antrag der Revisoren auf Entlastung der Kassierer einstimmig zu. Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete der Bevollmächtigte Jiska den Bericht über die mit den Metallindustriellen gepflogenen Verhandlungen über Gewährung einer erneuten Teuerungszulage zu den bestehenden tariflichen Abmachungen. Nach eingehenden Verhandlungen wurde vereinbart, daß die Tarifsätze für Männer über 18 Jahre um 60 ₰, für Frauen über 18 Jahre in Klasse B 3 um 40 ₰ und für Jugendliche beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 16 Jahren um 25 ₰, im Alter von 16 bis 18 Jahren um 35 ₰ erhöht werden sollen. Die bereits erfolgten Erhöhungen bleiben bestehen. Eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage beträgt 3 *M* pro Woche, für jedes weitere Kind unter 14 Jahren 6 *M*. Die Verrechnung erfolgt ab Sonntag den 11. April d. J. Die Vereinbarung hat eine Dauer von mindestens vier Lohnwochen. Jiska teilt im Anschluß daran noch mit, daß über die Bezahlung der Generalstreiktage eine Einigung bei den Verhandlungen mit den Metallindustriellen nicht erzielt werden konnte und daß nunmehr das Reichsarbeitsministerium um Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Fällung eines unverbindlichen Spruches ersucht werden soll. In der Ferienfrage haben sich die Metallindustriellen bereit erklärt, die im früheren Rahmenvertrag vorgesehenen Ferien zuzubilligen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung beantragte die Ortsverwaltung, die Generalversammlung möge beschließen, die durch die enormen Teuerungsverhältnisse erhöhten Ausgaben durch eine Erhöhung der lokalen Beiträge zu decken. Der Gesamtbeitrag würde nach den Vorschlägen der Verwaltung dann für die 1. Klasse 3,40 *M*, für die 2. Klasse 2 *M* und für die 3. Klasse 65 ₰ pro Woche betragen. Die Generalversammlung stimmte diesem Antrag zu, jedoch müssen die Mitglieder in Urabstimmung darüber beschließen. Diese Urabstimmung soll am 30. April und am 2. und 3. Mai d. J. stattfinden. Zum 4. Punkt der Tagesordnung gab der Bevollmächtigte Rusch den Jahresbericht für 1919. Er betonte, daß das Berichtsjahr unter den Nachwirkungen des fünfjährigen Weltkrieges stand. War am 9. November 1918 glaubte, eine neue Zeit breche an, konnte im Jahre 1919 feststellen, daß er sich stark getäuscht hatte. Die Frage, die uns wohl alle am brennendsten erschien, ob der Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens unter einer neuen Wirtschaftsordnung vor sich gehen soll, wurde nicht gelöst. Die Versprechungen, die die Regierung gegeben hatte, sind nicht gehalten worden. Das kapitalistische System steht heute noch in voller Blüte, es ist noch kein Anfang von der Regierung gemacht worden, die von der gesamten Arbeiterschaft stürmisch verlangte Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige anzubahnen. Aus dieser Tatsache ergibt sich auch unsere Stellung zu der Regierung. In allen wichtigen Fragen, z. B. der Lebenshaltung, Entlohnung der Arbeiter, Zwangswirtschaft bei der Erfassung der Lebensmittel usw. hat die Regierung dem Drängen der Kapitalisten nachgegeben. Die Folgen der verkehrten Politik der Regierung machen sich bemerkbar in dem ungeheuren Anschwellen der Preise für die täglichen Bedarfsartikel. Die Folge davon waren die heftigsten Lohnkämpfe auf der

ganzen Linie. In der Berliner Verwaltungstelle unserer Organisation haben im Berichtsjahr allein 478 Betriebe im Streik gestanden. Besonders ist der große Metallarbeiterstreik zu erwähnen, an dem im fünfwöchentlichen Kampf 160 000 Mitglieder beteiligt waren. Die veranstaltete Sammlung zur Unterstützung des Streiks hatte ein Ergebnis von über 3 Millionen Mark. Der Fonds ist noch nicht aufgebraucht. So konnten für die Opfer des Kapp-Putsches aus diesem Fonds 1 000 000 M bewilligt werden. Einzelne Berufszweige standen unter dem Zeichen einer guten Konjunktur. Diese Gruppen konnten naturgemäß bei Aufstellung von Lohnforderungen ihr Ziel leichter erreichen als andere Gruppen. Einzelne Unternehmer hatten erklärt, jeden geforderten Konjunkturlohn zu zahlen, verlangten aber bei Gruppen mit schlechter Beschäftigung in der Entlohnung völlig freie Hand. Die Unternehmer spielen also mit dem Gedanken, ohne Tarif zu arbeiten. Rusch wendet sich der Frage des starken Anwachsens der Mitgliederzahl der Berliner Verwaltungstelle zu. Seit Ausbruch der Revolution haben wir einen Mitgliederzuwachs von 180 000 zu verzeichnen. Das 4. Quartal schloß mit einem Mitgliederstand von 177 927. Das ist ein Rückgang gegenüber dem 3. Quartal von zirka 3000 Mitgliedern, der bedingt war durch die Verordnung über die Entlassung Auswärtiger. Der Mitgliederbestand ist jetzt wieder im Steigen begriffen. Die Finanzierung der Organisation macht uns die größte Sorge. Durch ständiges Steigen der Lebenshaltung mußten wir mit einer neuen Beitragserhöhung kommen. Zu einer völligen Gesundung unserer Finanzen kommen wir jedoch erst, wenn wir das Prinzip der Zahlung eines Stundenlohnes als Wochenbeitrag durchgeführt haben. In der Erwerbslosenfürsorge hatten wir im Berichtsjahr eine neue Einrichtung, die ungeheure Anforderungen an die Verwaltung stellte. Es wurden in dieser Abteilung allein 20 800 000 M in kleinen Beträgen ausgezahlt. Rusch erwähnt dann eingehend die Jugendbewegung, die einen erfreulichen Aufschwung nähme. Das Versammlungsleben unserer Organisation war ein überaus reges. Aus unserer Bibliothek wurden von zirka 27 000 Mitgliedern Bücher entliehen. Soweit die Tätigkeit der Verwaltung. Die Wurzeln der Organisation liegen jedoch in den Betrieben. Es sieht man allerdings so aus, als ob Kräfte am Werke sind, diese Wurzeln anzunagen. Es zeigen sich syndikalistische Bestrebungen, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, unseren Funktionären die Erfüllung ihrer Pflichten möglichst schwer zu machen. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen ankämpfen. Unsere Funktionäre haben die Aufgabe, der Parole der syndikalistischen Kommunisten die Parole der Einigkeit und des geschlossenen Handelns des Proletariats entgegenzusetzen. Es gilt, gegen die mit allen Mitteln arbeitende Reaktion die Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Wer angesichts der Rührigkeit der Reaktion die Organisationen der Arbeiterklasse zerreißt, handelt konterrevolutionär. Und wer von den Offizieren Wilhelms II. die Befreiung des Proletariats erwartet, ist ein Wirrkopf oder politischer Spitzel. Im Anschluß an den Jahresbericht geht Rusch eingehend auf den verflossenen Generalstreik unter besonderer Berücksichtigung seiner persönlichen Stellungnahme ein. Er bedauert, daß beim Ausbruch des Streiks die Aufstellung eines gemeinsamen Streikzieles an dem formal-demokratischen Standpunkt der S. P. D. scheiterte, daß diese noch immer glaubt, in den Arbeitsgemeinschaften Hand in Hand mit den Kapitalisten den Wiederaufbau der Volkswirtschaft vornehmen zu können. Als weiteres wichtiges Moment bezeichnet der Redner die Bildung einer rein sozialistischen Arbeiterregierung, eine Frage, die von der Arbeiterschaft jetzt allerorts diskutiert werden müsse. Die sozialistische Arbeiterregierung sei die nächste Etappe zum Sozialismus. Zur Frage des Streikabschlusses bemerkt Rusch, daß zurzeit eine Fortführung des Streiks die Zerreißung der örtlichen Gewerkschaften bedeutet hätte und daß die Gewerkschafter sich den einheitlichen Kampfboden, auf dem die Geisteskämpfe des Proletariats ausgetragen werden, nicht entziehen lassen dürften. Eine Weiterführung des Streiks hätte das Abbröckeln desselben bedeutet und ein Gefühl der Niederlage verursacht. Bezüglich der Bewaffnung der Arbeiter teilt Rusch mit, daß die preußische Regierung Bedenken habe, anstelle der aufzulösenden Einwohnerwehren Ortswehren zu schaffen. Als Grund für diese Bedenken gibt die preußische Regierung den Einspruch der Entente an. Er könne nicht verstehen, daß die Entente dagegen Einspruch erhebe. Die Gewerkschaftsvertreter hätten gefordert, zu den Verhandlungen mit den Ententevertretern hinzugezogen zu werden. Seiner Meinung nach befürchte die Entente eine Volkserhebung, wie Deutschland sie 1812 gesehen habe. Diese eventuellen Befürchtungen der Entente seien völlig grundlos. Die deutsche Arbeiterschaft fordere ihre Bewaffnung, um ein für allemal die Wiederkehr eines Krieges und des militaristischen Regimes unmöglich zu machen. Unter voller Zustimmung der versammelten Funktionäre erklärte Rusch, daß die Arbeiter Berlins die Wiederkehr einer Säbeldiktatur unter Umständen auch gegen den Willen der jetzigen Regierung verhindern werden, daß die Arbeiter, falls die Regierung sich zur Bewaffnung der Arbeiter zum Schutz der Republik ablehnend verhalten würde, ihre eigenen Bataillone aufstellen werden. — In der Diskussion wandte sich Salzmann gegen die Politik der Gewerkschaftsbürokratie, die ganz besonders bei der Führung des Generalstreiks versagt hätte. Er begründet einen Antrag des 3. Bezirks, der verlangt, daß in Zukunft bei Abbruch eines Generalstreiks alle Generalversammlungen der Verwaltungstelle zu entscheiden hätten. Molzahn geht auf den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der deutschen Republik ein. Es sei ein Skandal, daß deutsche Produkte über Frankreich nach Rußland verkauft worden sind. Die Arbeiterklasse hat drei Hauptfeinde, die Reaktion von rechts, den Ententeimperialismus und als dritten die Gefahr zu bekämpfen, in das reformistische Fahrwasser der Gewerkschaften getrieben zu werden. Es sei deshalb zunächst die Aufgabe der Räte Schaffung von Industrieorganisationen. Er begründet eine Resolution, in der die Notwendigkeit der Schaffung von Kampforganisationen zur Bekämpfung der Reaktion zum Ausdruck kommt. Nach einem kurzen Schlußwort Ruschs wurde die Resolution Molzahn einstimmig angenommen, der Antrag Salzmann abgelehnt.

Bischofswerda. Der Weltkrieg mit seinen fürchterlichen Begleiterscheinungen, ebenfalls die zweite Revolution, welche — von Verschwörern des monarchischen Regimes angezettelt — in unerhörter Weise die furchtbarsten Opfer an Menschenleben und Wertgütern gefordert hat, scheint endlich die Köpfe der hiesigen Arbeiterschaft, besonders der Metallarbeiter, revolutioniert zu haben. Die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit ist mißtrauisch geworden; sie hat das Vertrauen verloren zu ihren Führern. Nun, wenn es erwiesen ist, daß Funktionäre gesündigt haben und diese Sünde immer wiederholen, dann muß geraten werden, solche Charaktere von diesen verantwortungsreichen Leuten zu entfernen, sie nicht wieder zu wählen. Unlängst wurde hier in einer Metallarbeiterversammlung versucht, eine Resolution durchzudrücken, welche bezweckte, Propaganda zu machen für eine schleunigst einzuberufende außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Es blieb aber zweifelhaft, ob die Mehrheit der Versammlung mit dieser Resolution einverstanden war. Die Mehrheit der hiesigen Metallarbeiter wünscht, die Beschlüsse der letzten Generalversammlung hochzuhalten. In der am 22. März im Gasthaus zur Sonne abgehaltenen Metallarbeiterversammlung dürfte der Bevollmächtigte sich die Sympathien der hiesigen Kollegen verscherzt haben. Er verließ die Versammlung, ohne deren Beendigung abzuwarten. Diese Versammlungsflucht hat allgemeines Mißfallen erregt. In zwei oder drei Stellen zu gleicher Zeit können Funktionäre nicht amtieren. Die Bevollmächtigten haben ihre volle Kraft der Organisation zur Verfügung zu stellen, andernfalls muß für Ersatz gesorgt werden. Alwin Werner.

Tilsit. Durch die Verschleppungspolitik der Arbeitgeber ist unsere Ortsverwaltung gezwungen worden, die Lage der Metallarbeiter durch strenge Maßnahmen zu verbessern. In den Kapp-Wittorf-Tagen war die Angst der ostpreußischen Industriellen und Großkapitalisten im Selbstbewußtsein ihrer Stärke mächtig geschwollen, was bis vor wenigen Tagen noch der Fall war. Nun hat die Metallarbeiterschaft zusammen mit den Angestellten der Betriebe sie eines Besseren belehrt. Als im Oktober vorigen Jahres der Tarif für ein halbes Jahr abgeschlossen wurde, geschah es in der Annahme, daß die Preise nicht mehr steigen oder mindestens sich gleichhalten würden. Doch wurden wir gezwungen, an die Unternehmer mit der Forderung nach einer Teuerungszulage heranzutreten. Um nicht tarifbrüchig zu werden, mußten wir eine den Teuerungsverhältnissen überhaupt nicht entsprechende wöchentliche Zulage von 10 M für Verheiratete, 6 M für Unverheiratete und 3 M für Frauen annehmen. Den Gipfel erreichte die Firma Gebr. Kreide in Ragnit, denn sie zahlte eine Teuerungszulage von sage und schreibe 1,30 M pro Kopf und Woche genau so, wie die Arbeitsgemeinschaft in Berlin sie festgesetzt hatte. Und dieses war im Januar 1920 bei einem Stundenlohn von 2,10 M als Höchstgrenze. So mußten wir den Herren die Zähne zeigen, um das zu erreichen, was der Mensch unbedingt zum Leben braucht. Im Februar 1920 kündigten wir den Tarif und reichten gleichzeitig unsere Forderungen ein, ohne bis jetzt zu einem Resultat zu kommen. So ist es erklärlich, daß die Kollegen über die Verschleppungstaktik der Unternehmer und ihrer Verbände unzufrieden geworden sind und die Arbeit niederlegten, um sie zu zwingen, in Verhandlungen einzutreten. Die Arbeit soll nicht früher aufgenommen werden, bevor annehmbare Zugeständnisse erreicht sind. Erfreulich ist, daß die Angestellten sich der Bewegung angeschlossen haben und mit den Arbeitern ihre Forderungen gemeinsam durchdrücken wollen. Einigkeit macht stark; wenn die Arbeit und auch der Geschäftsverkehr ruht, dann ist es ein bedeutend größerer Druck, der auf die Unternehmer seine Wirkung ausübt, und so ist es leicht begreiflich, daß den Herren die so mächtig geschwollene Brust merklich flach zu werden beginnt. Die Angestellten Tilsits haben es nun eingesehen, daß die Zeit des Bittens vorüber ist und man fordern muß, um das zu erreichen, was man notwendig zum Leben braucht. Da die Angestelltenorganisationen noch zu schwach sind, müssen die Arbeiter sie in jeder Weise unterstützen, denn nur so ist uns das Ziel in greifbare Nähe gerückt. Denn ohne Angestellte ist der weitere Kampf um die Sozialisierung ein Unding. Hand- und Kopfarbeiter schließt euch zusammen! Wir empfehlen den Kollegen, sich bei Wirtschaftskämpfen mit den Angestellten stets in Verbindung zu setzen, denn das ist von Vorteil für beide Teile. Deshalb sind wir auch sicher, daß unsere gemeinsame Aktion uns das bringen wird, was wir erwarten.

Schmiede.

Nürnberg. Die am 7. April stattgefundene Branchenversammlung der Schmiede beschäftigte sich neben dem neuen Vertrag der Huf- und Wagenschmiede, den geforderten Teuerungszulagen auch mit unserer demnächst abzuhaltenden Berufskonferenz. Kollege Rudroff schlägt folgende vier Tagesordnungspunkte als Beratungsgegenstand vor: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe; 2. Die Akkordverteilung zwischen Feuerschmied und Zuschläger; 3. Die beruflichen und organisatorischen Aufgaben der Schmiede im Deutschen Metallarbeiter-Verband; 4. Anwendung des wirtschaftlichen Rätesystems in unserem Berufe. Zu Punkt 1 der Tagesordnung müssen die Verhältnisse unserer Kollegen im Reiche so ausgiebig behandelt werden, und zwar für alle Berufssparten, welche da sind: Bauschmiede, Automobil- und Fahrradschmiede, Schmiede in Brauereien und Bergwerken, Schlossereien, Mühlenbauanstalten, Sägewerken, Sensenschmieden, Hammer-, Gesenk- und Amboßschmieden, Huf- und Wagenschmieden, Werkzeug- und Kesselschmieden, Hüttenwerkstätten- und Schiffsschmieden, Hoch- und Tiefbauanstalten und Wagenfabriken, Lokomotiv- und Achsenschmieden und Maschinenschmieden. Auch die Lage der Hammerführer und Schmiedepressenarbeiter muß untersucht werden. Überall wo unsere Kollegen beschäftigt sind, sollen dieselben einen um 10 v. H. höheren Lohn erhalten als die übrigen Facharbeiter auf den bestehenden Grundlohn. Der 2. Punkt, die Akkordverteilung, ist so brennend geworden, daß nach den Ausführungen der M.-Z. in manchen Bezirken noch mittelalterliche Zustände zu bestehen scheinen. Wo gelernte Schmiede zusammenarbeiten, muß eine Norm gefunden werden, daß ein gewisser Betrag im voraus von der Akkordsumme abgezogen wird, die der Feuerschmied für seine Verantwortung und seine berufliche Geschicklichkeit mehr erhält. Bei zwei und drei Helfern darf es aber auch nicht mehr ausmachen als bei einem Zuschläger, und muß die Konferenz sich auf einen Stundenbetrag einigen. Auf alle Fälle muß dabei vermieden werden, daß der Feuerschmied noch den Antreiber seiner Mitarbeiter machen kann. Der 3. Punkt, die beruflichen und organisatorischen Aufgaben im Metallarbeiter-Verband, sind so zu behandeln, daß unsere Kollegen im Zentralvorstand auch eine Stütze finden, wo sie mehr Anleitung und Aufklärung in den beruflichen Fragen erlangen können. Nachdem unsere Kollegen im Reiche nach der Verschmelzung des Schmiedeverbandes führerlos in der Luft hängen und im Zentralvorstand kein Schmied vertreten ist, werden sich die Konferenzteilnehmer damit befassen müssen, zur Leitung unserer Branchenzentrale, wie sie vorgeschlagen sind, einen Kollegen zu bestimmen. Die Eigenart unseres Berufes in seiner mannigfachen Anwendung erfordert schon bei Abschluß von Verträgen eine besondere Berufsberatung, noch mehr im Lehrlingswesen. Dabei muß die Fühlung aufrecht erhalten bleiben, daß nicht eine Firma, die verschiedene Betriebe in anderen Städten unterhält, auch dreierlei bezahlen kann. Den Meistergesellen und Sensenschmieden muß die erste Hilfe geleistet werden, damit sie den anderen Betrieben gleichkommen. Mit diesen und noch verschiedenen anderen Fragen muß die Branchenzentrale segensreich wirken können in Großbetrieben und auch auf den Provinzorten, den Geburtsstätten unseres Handwerks. Zum 4. Punkt der Tagesordnung, Anwendung des wirtschaftlichen Rätesystems in unserem Berufe, soll dies die Vorschule zur Sozialisierung unseres Gewerbes werden, und müssen sich unsere Kollegen mit dieser neuen Idee mehr vertraut machen. Der Jammer der Unternehmer bei jeder Lohnforderung veranlaßt uns, schon hier nach dem Rechten zu sehen, ob bei der Preisfestsetzung der erzeugten Produkte der Hersteller nicht zu kurz kommt. Hierzu bietet das Betriebsrätegesetz eine Handhabe, und wenn es unsere Kollegen praktisch auszunutzen verstehen und geeignete Leute dahin bringen, der Vorteil auf unserer Seite nicht ausbleiben kann. Für unsere Kollegen im Reiche wird es bis jetzt Aufgabe gewesen sein, überall Material gesammelt zu haben, das bei den Beratungen Unterlagen bildet, wie Arbeitszeit, Entlohnung, Akkordverteilung, Teuerungszulagen, Urlaubsverhältnisse bei den Branchenleitungen, in den verschiedenen Bezirken und Städten. Die Ernährungsfrage, die bei unseren Berufskrankheiten schon immer eine große Rolle spielte, muß dem Reichsernährungsamt die Augen öffnen, daß bei diesen Brot-, Fleisch- und Fettrationen unser Handwerk zugrunde gehen muß. Deshalb, Kollegen im Reiche, helft alle zusammen, um unsere Verhältnisse zu verbessern. J. Rudroff (Nürnberg).

Rundschau

Ein Schweizer Urteil.

Die Basler „Nationalzeitung" fällt über die gegenwärtige politische Lage Deutschlands folgendes Urteil, dem wir nichts hinzufügen wollen:

Nie hat sich deutlicher als während des Putsches gezeigt, daß die deutsche Bourgeoisie in politischen Dingen nicht mitredet, sobald das Mitreden Leben erheischt, die unter Umständen einen gewissen Wagemut erfordern und eine gewisse Gefahr nach sich ziehen. Das Bürgertum stand bei diesem Versuch der Reaktionäre abseits und wartete seelenruhig ab, wem der Erfolg beschieden sei, um dann, sobald die Gefahr vorbei wäre, willenlos dem Sieger zu folgen. Die Diktatur des Proletariats ist in Deutschland nicht dasselbe wie in Rußland oder Ungarn, sondern die einfache Reaktion auf die bisher tatsächliche Diktatur der Reaktionäre, in deren Händen Herr Noske ein gefügiges Instrument war. Noske, den man so gerne den starken Mann nannte, war nichts anderes als der Platzhalter Ludendorffs, ob er es nun wollte oder nicht. Man braucht ja nur die Forderungen der Unabhängigen, der wahren Vertreter der politisch tätigen demokratischen Kräfte in Deutschland, zu lesen, um den Wolffberichten über „Bolschewismus", „Spartakismus" und „Kommunismus" zu mißtrauen und diese Bölkermänner zu durchschauen.

Vom Ausland

Frankreich.

Die katastrophalen Wirkungen des Weltkrieges zeigen sich jetzt auch in Frankreich in erschreckendem Maße. Die französische Valuta stürzt immer tiefer — der beste Gradmesser für die steigende Zerrüttung des französischen Wirtschaftslebens. Frankreich ist nicht mehr in der Lage, das zur Erhaltung seiner Volkskraft Erforderliche selbst zu produzieren. Frankreichs Ausfuhr an Waren ist stark zurückgegangen, während die Einfuhr ins Riesenhafte gestiegen ist. Nahrungsmittel, Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate führte Frankreich im Jahre 1918 im Werte von 22 301,3 Millionen Franken ein. Diese Einfuhr stieg im Jahre 1919 auf 29 778,5 Millionen Franken. Ihr stand eine Ausfuhr gegenüber im Jahre 1918 von 4722,6 Millionen Franken, im Jahre 1919 von 8713,1 Millionen Franken. Der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr beträgt also im Jahre 1919 21 Milliarden Franken gegen 17,5 Milliarden Franken im Jahre 1918. Daraus erklärt sich der scharfe Valutasturz und der zunehmende Zusammenbruch des französischen Wirtschaftslebens.

Die Schwierigkeiten, die der Weltkrieg für den „Siegerstaat" Frankreich gebracht hat, erkennt man noch besser, wenn man nicht nur den Geldwert der ein- und ausgeführten Nahrungsmittel, Rohstoffe usw., der ja inzwischen durch den Sturz der Valuta eine gewaltige Veränderung erfahren hat, berücksichtigt, sondern die Ein- und Ausfuhr nach dem Gewicht feststellt. So führte Frankreich im Jahre 1913 371,6 Millionen Doppelzentner Rohstoffe ein, im Jahre 1919 295,5 Millionen Doppelzentner. An Nahrungsmitteln wurden im Jahre 1913 55,1 Millionen Doppelzentner eingeführt, im Jahre 1919 69,6 Millionen Doppelzentner. Die Einfuhr an Rohstoffen ist bedeutend zurückgegangen, während die Einfuhr an Lebensmitteln stark gestiegen ist. Frankreich sieht sich jetzt gezwungen, mehr Lebensmittel einzuführen, da auch die landwirtschaftliche Produktivkraft sehr gelitten hat. Die Einfuhr industrieller Rohstoffe muß eingeschränkt werden, um die zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Lebensmittel einführen zu können. Die gesamte Ausfuhr von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten ist von 220,7 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1913 auf 55,2 Millionen Doppelzentner im Jahre 1919 zurückgegangen. Es wird dem französischen Kapitalismus nicht gelingen, die Produktion so zu steigern, daß die Ausfuhr mit der Einfuhr in Einklang steht. Das Wirtschaftsleben Frankreichs wird weiter seinem Zerfall entgegengehen und die Folgen zeitigen, die wir auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete in Deutschland heute sehen.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Eichhorn über die Januarereignisse 1919. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januarereignissen. Von Emil Eichhorn. Preis 2 M. — Die Münchener Tragödie. Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räterepublik München. Preis 1,25. — Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten. Von Heinrich Ströbel. Preis 2 M. — Vorgenannte drei Bücher sind zu beziehen von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandel, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.

Technisches Denken und Schaffen. Von Prof. G. v. Hanffstengel. Eine gemeinverständliche Einführung in die Technik. Preis gebunden 12 M und 10 Prozent Teuerungszuschlag. — Das Buch ist nicht nur zur ersten Einführung in die Technik, also für Anfänger und Laien bestimmt, sondern auch für solche bereits in der Praxis stehende Techniker und Ingenieure, die keine großzügige zusammenhängende technische Ausbildung erfahren, sondern ein Spezialstudium absolviert haben. Diese Kreise können sich an Hand des Buches einen weiteren Überblick über die Technik, ihre Grundlagen und Möglichkeiten verschaffen. Besonders sind diese Bücher den neugewählten Betriebsräten zu empfehlen. Aus ihnen können sie ihr Wissen erweitern, um den neuen Aufgaben, die an sie herantreten, gerecht werden zu können. Zu beziehen vom Verlag Julius Springer, Berlin W. 9, Linkstr. 23/24.

Verbands-Anzeigen

Angestellte gesucht.

Berlin. 27 Angestellte gesucht für folgende Abteilungen: Bibliothek, Krankenabteilg., Verrechnung, Außendienst, Expedition, Unterkassierer, Innendienst, Abteil. Oberschöneweide, Innendienst Hauskassierung, Linienstraße. Kollegen, die schriftgewandt, gute Rechner, den inneren Aufbau der Organisation kennen und mindestens fünf Jahre Mitglied sind, wollen ihre eigenhändig geschriebene Bewerbung bis Sonntag 16. Mai an den Kollegen Oskar Rusch, Berlin, Linienstr. 83, einreichen mit der Aufschrift „Bewerbung für d. Posten als . . . ." Aus der Bewerbung muß hervorgehen: Dauer der gewerkschaftlichen und politischen Organisationszugehörigkeit, die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und der Wohnort. Wir ersuchen auch alle diejenigen Kollegen, die bei früheren Ausschreibungen nicht berücksichtigt werden konnten, sich aufs neue zu bewerben.

Frankfurt a. Oder. Geschäftsführer möglichst zum 1. Juni gesucht. Bedingungen: 5jähr. Mitgliedschaft, rednerisch befähigt, mit allen Arbeiten der Organisation vertraut. Bewerbungen bis 18. Mai an H. Scheffler, Berlin NW. 5, Stephanstr. 29.

Guben N.-L. Geschäftsführer sofort für Verwaltung u. Agitation, mit Verwaltungs- und Kassengeschäften durchaus vertraut. Bewerber müssen agitatorisch und rednerisch gewandt sein und auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Gehalt nach den Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages mit örtlicher Teuerungszulage. Angabe über Alter, Beruf, Familienstand u. bisherig. Tätigkeit in d. Arbeiterbewegung bis spätestens 10. Mai mit der Aufschrift „Bewerbung" an Otto Thiele, Triftstr. 21, 3.

Herborn (Dillkreis). Beamter hauptsächlich für den Innendienst, gesucht. Gehalt nach d. Beschlüssen der Generalversammlung. Bewerbungschreiben mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in d. Arbeiterbewegung mit der Aufschrift „Bewerbung" bis spätestens 1. Juni an Friedrich Föller, Kaiserstr. 19.

Regensburg. Beamter für sofort gesucht. Organisatorisch befähigt. 5 Jahre Mitgliedschaft, Erfahrung in der Agitation und rednerische Befähigung ist Bedingung. Gehalt nach den Stuttgarter Generalversammlungsbeschlüssen. Bewerbungen mit Angabe des Alters, Familienstand und bisher. Tätigk. in der Arbeiterbewegung bis zum 20. Mai mit der Aufschrift „Bewerbung" an die Ortsverwaltung, Rote Hahnengasse 2, I.

Schönebeck a. E. Weiterer Beamter sofort gesucht. Mindestens 5jähr. Mitgliedschaft. Organisator. und rednerisch befähigt und mit Verwaltungsarbeiten gut vertraut. Die Anstellung erfolgt nach den Stuttgarter Beschlüssen zweiter Klasse mit Teuerungszulage. Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, des Alters u. Familienstandes bis 31. Mai an Franz Hartung, Steinstr. 23.

Wetzlar. Weiterer Geschäftsführer sofort gesucht. Bewerber müssen mit Kassengeschäften vertraut, agitatorisch, rednerisch und schreibgewandt sein. Gehalt nach den Stuttgart. Beschlüssen, Skala 3 mit örtlichen Teuerungszulagen. Bedingung: 5jähr. Mitgliedschaft und auf dem Boden der Stuttgart. Beschlüsse stehend. Bewerbungen unter Angabe ihrer bisher. Tätigkeit mit d. Aufschrift „Bewerbung" bis 15. Mai an Emil Zehnert, Schleusenstr. 3.

Sonstige Anzeigen

(Zuschriften betr. die Arbeitergesuche sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Einen Feilenhauer sucht Oscar Wolf, Löbau i. Sa.

3 Maschinen-Feilenhauer auf Fieron od. Ammendorfer gesucht. Reisegeld wird vergütet. Adolf Hilbert, Heidet-Holst.

2 Modellschlosser, die in der Anfertigung von Metallmodellen und Formplatten für Formmaschinen sämtlicher Systeme eingehende Kenntnisse besitzen, zum sofortigen Eintritt gesucht.
Eisengießerei F. Seneca, G. m. b. H., Karlsruhe-Mühlburg.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Kölestraße 16 B.